

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2023



Bundestag soll Forum Opposition und Widerstand zeitnah umsetzen

Studie „Zwangsadoption in der DDR/SBZ zwischen 1945 und 1989“

Berlins neuer Aufarbeitungsbeauftragter nimmt Arbeit auf

Rentenbescheid und Rehabilitierung

Inhalt

Aktuell

- 3 Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv –
Außenstelle Neubrandenburg
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- 5 Beratung für Opfer von SED-Unrecht
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 6 Wissenschaftliche Tagung „Orte des Ankommens“

Recht

- 7 Leserkommentar: Widerspruch auf Lebenszeit –
nehmen wir das Rentenunrecht mit in das Grab?
Rentenbescheid und Rehabilitation

Aufarbeitung

- 7 Bundestag soll Forum Opposition und Widerstand
zeitnah umsetzen
- 8 Anerkennungsverfahren der Evangelischen Kirche
in Mitteldeutschland
Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk
Berlins neuer Aufarbeitungsbeauftragter nimmt Arbeit auf
- 9 BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“
zog am 16./17.02.2023 Bilanz

International

- 10 Vor 75 Jahren – Putsch der Sowjetisierung
in der Tschechoslowakei

Berichte

- 10 DDR, Staatssicherheit und Repression in Neubrandenburg
- 11 Spitzentreffen von Bündnis 90/Die Grünen und BdV
- 13 BdV besucht Ukrainische Freie Universität

Geschichte

- 14 „Wo befindet sich mein Junge?“
- 16 Der Osten denkt eben anders als der Westen

Verbände

- 18 Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur trauert um Hanno Schmidt
Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum –
Kurzinformation Nr. 351
- 19 Unermüdlicher Einsatz für Erinnerung und Versöhnung
„Wie menschenverachtend das war.“

Service/Bücher

- 20 Krippenkinder in der DDR
- 21 Studie „Zwangsadoption in der DDR/SBZ
zwischen 1945 und 1989“
- 22 Wir wünschten uns Flügel
Trotzig lächeln und das Weltall streicheln:
Mein Leben in Geschichten
Suchanzeige

Umschlagbild

Als Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk haben wir, die UOKG, die ukrainische Flagge an unserem Bürofenster gehisst. Leider sind wir die Einzigen auf dem gesamten ehemaligen Stasi-Gelände.

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Leserinnen und Leser,

es gibt gute Nachrichten aus dem Deutschen Bundestag. Die SPD-Fraktion hat das Positionspapier „Weitere Anpassungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze an die Bedürfnisse der Betroffenen“ beschlossen. Darin setzt sich die Fraktion dafür ein, bestehende Lücken bei der Berücksichtigung und Wiedergutmachung von SED-Unrecht auszuräumen. Nun folgen Gespräche mit den beiden Partnern der Ampelkoalition, die am Ende zu einem Beschluss im Deutschen Bundestag führen. Viel ist bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts und der Rehabilitation von Opfern schon geschehen, aber wir wissen, dass es auch noch Lücken gibt, die es zuschließen gilt. Im Moment sind wir für die Beratungsergebnisse, an denen die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke einen großen Anteil hat, sehr dankbar. In dem Grundsatzpapier der SPD werden die Opfergruppen erweitert, um die Zwangsausgesiedelten, aber auch die Opfer des staatlichen Zwangsdopings in der DDR sind aufgeführt. Neu ist die Aufnahme von Zersetzungsopfern außerhalb des Gebiets der DDR. Wir wissen alle, dass durch den langen Arm von MfS und SED, Menschen auch außerhalb der DDR das Leben schwer gemacht werden konnte. Die Absenkung der Unterstützungsleistung nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz beim Eintritt ins Rentenalter von 240 € auf 180 € soll nach den Vorstellungen der SPD abgeschafft werden. Dies halte ich für einen logischen Schritt, denn gerade in der Rente können SED-Opfer dies gut gebrauchen. Ein wichtiger Punkt ist weiterhin, dass die SED-Opferrente zukünftig dynamisiert d.h. jährlich an den Lebenshaltungsindex angepasst werden soll. Die sog. Bedürftigkeitsklausel und die Einbeziehung der Familienverhältnisse beim Bezug der Opferpension soll abgeschafft werden. Mit der Einführung des sog. Zweitantragsrechts kommen die bisherigen und zukünftigen Weiterentwicklungen der Rehabilitationsgesetze den Betroffenen auch tatsächlich zugute.

Ein großes Problemfeld ist die schwierige Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden von SED-Opfern insbesondere von politischen Häftlingen. Zwar wurde



Foto: Dombrowski

bei der letzten Novellierung 2019 ein Fortschritt erzielt, der den Behörden das Instrument der Glaubhaftmachung anheimstellte. In der Praxis hat sich dieses Instrument bei den Anerkennungsquoten, die bei max. 20 % liegen, jedoch nicht bewährt. Nach erfolgter Rehabilitation können Opfer von Freiheitsentziehung oder rechtsstaatswidrigen Verwaltungsmaßnahmen Leistungen der Beschädigtenversorgung beantragen. Voraussetzung hierfür ist, dass der ursächliche Zusammenhang zwischen dem heutigen Gesundheitsschaden und der Jahrzehnte zurückliegenden Repression belegt werden kann. Auf Vorschlag der Opferbeauftragten enthält das SPD-Papier nun einen Paradigmenwechsel bei der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden. Danach soll analog der Regelungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und der dazugehörigen Rechtsverordnung (EinsatzVO) ein gesonderter Rechtsbereich außerhalb des sozialen Entschädigungsrechts geschaffen werden. Dieser enthält dann, ähnlich wie bei Soldaten die beim Auslandseinsatz eine Schädigung erlitten haben, einen standardisierten Katalog von Erkrankungen. Auf Grundlage einer solchen vereinfachten Regelung könnten auch für die SED-Opfer anhand von definierten Kriterien (zum Beispiel politischer Haft) der Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und dem Gesundheitsschaden (zum Beispiel PTBS) als gegeben vorausgesetzt und ohne umfassende Nachweisführung und

Begutachtungsverfahren ein bestimmter Grad der Schädigung anerkannt werden, der den Zugang zu regelmäßigen Leistungen ermöglicht.

Nachdem die SPD-Fraktion als stärkste Fraktion der Ampelkoalition dieses Grundsatzpapier beschlossen hat, gehe ich davon aus, dass die beiden anderen Fraktionen Grüne und FDP diese wichtigen Vorschläge mittragen werden. Wir werden uns als UOKG in den weiteren Meinungsbildungsprozess einbringen. Mir persönlich ist es wichtig, bei der Opferpension

eine Regelung für Hinterbliebene einzuführen, wie sie in allen Versorgungssystemen üblich ist. Die weitreichenden Folgen einer Inhaftierung wirken nicht nur auf die Betroffenen selbst, sondern auch in die Familien hinein. Bisher sind die Partnerinnen und Partner von SED-Opfern bei einer sozialen Notlage gezwungen jährlich einen Antrag bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zu stellen. Es erfordert aus meiner Sicht einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung und einer finanziellen Absicherung im Falle des Versterbens des Partners. Denn wenn ein

Partner verstirbt, wird die Miete ja auch nicht automatisch gesenkt. Wir werden Sie weiter auf dem Laufenden halten, und bitten Sie diese vorgeschlagenen Veränderungen in Ihrem Umfeld bekannt zu machen, damit sie nicht unbemerkt bleiben.

Bleiben Sie gesund und halten Sie den Verbänden und Initiativen der Aufarbeitung, aber auch unserem Stacheldraht die Treue.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski

Anlässlich des Jahrestages des russischen Einmarschs in die Ukraine am 24. Februar erklärt Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG:

Seit einem Jahr führt Russland einen grausamen Angriffskrieg gegen die Ukraine und versucht mit menschenverachtender Gewalt und Zerstörung, europäische Grenzen neu zu ziehen. Es ist ein Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung, auf territoriale Souveränität und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Ein völkerrechtswidriger Krieg, der großes Leid über die Menschen in der Ukraine bringt. Der gegen die Schwächsten und Verwundbarsten geführt wird. Der heutige Jahrestag ist ein Tag der Trauer

und des Gedenkens. Der heutige Tag ist aber auch Anlass, den Menschen in der Ukraine erneut unsere Unterstützung und die Solidarität zu versichern. Die Ukraine ist nicht alleine! Deutschland und Europa stehen an der Seite Kiews und unterstützen die Ukrainerinnen und Ukrainer politisch, wirtschaftlich, humanitär und auch militärisch. Als sichtbares Zeichen der ungebrochenen Solidarität zum Jahrestag ist die ukrainische Flagge an der ehemaligen Mielke-Stasizentrale in Berlin-Lichtenberg gehisst.

Ihr Dieter Dombrowski



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Veranstaltungen März, April und Vorschau Mai 2023

Dienstag, 21. März 2023, 19.00 Uhr
Vortrag und Gespräch: Ostsee-Flüchtlinge im Stasi-Visier – Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste
Referent: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Museumshof Zingst
Strandstraße 1–3, 18374 Zingst
(Angebot in Kooperation mit der Kur- und Tourismus GmbH Zingst)

Mittwoch, 05. April 2023, 13.00–17.00 Uhr
Bürgerberatung
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Dienstag, 25. April 2023, 18.00 Uhr
Vortrag und Gespräch: Im Echolot der Stasi – Die Stralsunder Ausstellung „Das Meer im Museum“ in Kiel 1988
Referent: Dr. Peter Danker-Carstensen (Historiker)
Moderation: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock),
Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen
Geschäftsstelle Stralsund
Tribseer Damm 76, 18437 Stralsund
(Angebot in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen)

Mittwoch, 03. Mai 2023, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Änderungen vorbehalten!

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf
Tel.: 038208 826 1323
Fax: 038208 826 1219
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

Archivführungen

30.03.2023, 09:00 – 18:00 Uhr
Ab 16:30 Archivführung und Angebot „Stasi-Akten entdecken“

25.05.2023, 09:00 – 18:00 Uhr
Ab 16:30 Archivführung und Beratungsangebot „Anträge zu verstorbenen Angehörigen“

Archivführungen für Seniorinnen und Senioren

09.05.2023, 10:00 Uhr
barrierefreier Rundgang mit Sitzmöglichkeiten

VERANSTALTUNGEN

27.03.2023, 18:00 Uhr
Vortrag „Sowjetische Militärtribunale in Dresden“ von Dr. Bert Pampel (Stiftung Sächsische Gedenkstätten) mit Archivführung (16:30)

16.05.2023, 16:30 Uhr
Rundgang „Operativer Vorgang ‚Sadist‘“ zu Orten der NS-Verbrechen in Dresden mit Madlen Richter (Bundesarchiv)

29.06.2023, 18:00 Uhr
Vortrag „Weggesperrt. Die Häftlinge der U-Haftanstalt Bautzner

Straße Dresden“ von Dr. Klaus-Dieter Müller (Historiker) mit Archivführung (16:30)

Museumsnacht Dresden

08.07.2023

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

Riesauer Str. 7 D

01129 Dresden

Tel.: (0351) 2508-3411

Fax: (0351) 2508-3419

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

bundesarchiv.de

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 29. März 2023, 17 Uhr
Einer Diktatur auf der Spur.
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv
Thema: Jähes Ende einer Flucht,
Ein Minenopfer und seine Geschichte

Dauerausstellung

Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.
Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr;
Sa./So. und feiertags 10 – 18 Uhr

Wechsausstellungen

Die Stasi. Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen
Dauer: 09. Januar bis 30. April 2023
Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr;
Sa./So. und feiertags 10 – 18 Uhr

Leseland DDR. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Stefan Wolle
Dauer: 09. Januar bis 30. April 2023

Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr;
Sa./So. und feiertags 10 – 18 Uhr

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Telefon: 0341-2247-3211

Fax: 0341-2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führungen

Montag, 20.03.2023, 14:00 Uhr
Montag, 27.03.2023, 14:00 Uhr

Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße
Dresden
Bautzner Straße 112a
01099 Dresden
Internet: www.stasihaft-dresden.de

Bundesarchiv – Stasi- Unterlagen-Archiv – Außenstelle Neubrandenburg

Veranstaltungshinweise

Jeden ersten Mittwoch im Monat
Führung im Archiv
Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv, Neustrelitzer Straße 120, 17033 Neubrandenburg

27.04.2023, 19.00 Uhr

Vortrag: Brigitte Reimann und die Stasi
Referent: Prof. Dr. Carsten Gansel,
Uni Gießen
Ort: Regionalbibliothek Neubrandenburg,
Marktplatz 1, 17033 Neubrandenburg

09.06.2023, 18.00 Uhr

Vortrag: Der 17. Juni 1953
in Neubrandenburg
Referent: Dr. Ronny Heidenreich
Ort: Literaturhaus Neubrandenburg,
Gartenstraße 6, 17033 Neubrandenburg

30.06. bis 02.07.2023

Mecklenburg-Vorpommern-Tage
in Neubrandenburg
Ort: Marktplatz 1
17033 Neubrandenburg



Beratung für Opfer von SED-Unrecht

Opfer des SED-Unrechts haben Anspruch auf Linderung ihres Leids. Die Liste des Unrechts ist lang: politische Haft, Zersetzung, grundlose Einweisung in Heime oder Anstalten, Zwangsaussiedlungen, Enteignungen, Verweigerung von Bildungswegen und Schulabschlüssen, Staatsdoping und vieles mehr.

In der Landeshauptstadt Magdeburg bietet die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur regelmäßig dienstags in den Räumen der Behörde am Schleinufer 12 in 39104 Magdeburg Beratungen besonders zu diesen Themen an: strafrechtliche und berufliche Rehabilitation, Anerkennung

gesundheitlicher Folgeschäden, psychosoziale Unterstützung, Einsichtnahme in die Stasi-Akten. In der Beratung erhalten Betroffene auch Unterstützung in der Aufarbeitung ihrer eigenen politischen Verfolgung.

Besonders wichtig für die Betroffenen: Der Bundestag hat 2019 die Fristen für Rehabilitierungsanträge aufgehoben und das Leistungsspektrum erweitert. Die Beratungen sind individuell und selbstverständlich vertraulich. Da die Beratung in Einzelgesprächen erfolgt ist eine vorherige Anmeldung dringend empfohlen. Für die Anmeldungen gelten die üblichen Bürozeiten.

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg am

Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags (21.03. und 28.03.2023) von 14.00 bis 17.00 Uhr. Anmeldung bitte unter Telefon 0391/560-155 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de)

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kontakt: Schleinufer 12

39104 Magdeburg

Telefon: 03 91 / 5 60 - 15 01

Telefax: 03 91 / 5 60 - 15 20

E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de

Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 21. März 2023, 18:00 Uhr
Dr. Angela Plöger

Die renommierte Übersetzerin aus dem Finnischen, stellt das von ihr übertragene Werk vor: Sofi Oksanen, HUNDEPARK.

Nach dem Ende der Sowjetunion ist dort alles im Umbruch. Die bisherigen Mafiosi bereichern sich noch mehr, doch für normale Menschen, zumal für junge Frauen, ist es sehr schwierig, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. So geraten viele in die Fänge der Fruchtbarkeitsindustrie. Die macht die Mädchen durch Hormontherapie zu Produzentinnen von Eizellen. Abnehmer sind reiche Ausländer, die sich ihren Kinderwunsch erfüllen wollen. Dass die Gesundheit der jungen Frauen dadurch ruiniert wird, ja, sogar ihr Leben in Gefahr gerät, sagt den Mädchen niemand.

Dienstag, 04. April 2023, 18:00 Uhr
Manfred Graf von Schwerin

Der Protagonist des Filmprojektes und Vertreter der Fördergemeinschaft Recht und Eigentum e. V (ARE) präsentiert den 90-minütigen Dokumentarfilm: PHANTOMSCHMERZ HEIMAT (Regie und Kamera Mathias Neubert).

Diese Dokumentation beschäftigt sich mit sehr unterschiedlichen Schicksalen der Verfolgung, Vertreibung und Ent-

eignung in der Zeit von 1945 bis 1949 innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Der Film bietet erstmals eine Zusammenfassung von Zeitzeugenberichten betroffener Opfer jener Enteignungs-Politik, die bis heute immer noch als „demokratisch“ verklärt wird, in Wirklichkeit aber schreiendes Unrecht war und in keinem einzigen Fall einem wirklich demokratischen Verfahren entsprach.

Dienstag, 18. April 2023, 18:00 Uhr
Dr. Gerhard Barkleit

Der Historiker stellt sein spannendes Buch vor: Werner Hartmann – Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR.

Der in Berlin geborene Physiker Werner Hartmann wirkte während des 2. Weltkriegs an der Entwicklung von Gleitbomben mit und danach gehörte er zu den deutschen Wissenschaftlern, die für Stalin die Atombombe bauten. Gemeinsam mit Manfred von Ardenne gründete Hartmann Mitte der 1950er Jahre in Dresden den VEB Vakutronik, 1961 die »Arbeitsstelle für Molekularelektronik«. Mitte der 1970er Jahre beschuldigten leitende Mitarbeiter mit SED-Parteibuch und Verbindungen zum MfS Hartmann, den unübersehbaren Rückstand der DDR in der Mikroelektronik bewusst herbeigeführt zu haben. Er wurde als Direktor abgesetzt und zum

einfachen wissenschaftlichen Mitarbeiter degradiert.

Dienstag, 02. Mai 2023, 18:00 Uhr
Dr. Jörg Bernhard Bilke

Der Germanist und Zeitzeuge berichtet von seinem dramatischsten Lebensabschnitt – Verhaftet in Leipzig. Als Mainzer Student im Zuchthaus Waldheim.

Dr. Bilke (geb. 1937 in Berlin) interessierte sich als westdeutscher Germanistikstudent für die deutsche Gegenwartsliteratur. Er reiste in die DDR, um Autoren wie Anna Seghers, Christa Wolf und Erich Loest kennenzulernen. Wegen angeblicher "staatsfeindlicher Hetze" wurde er im September 1961 verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Er gehörte zu den ersten politischen Gefangenen, die von der Bundesrepublik freigekauft wurden; im August 1964 wurde er aus der Haft entlassen und durfte in die Bundesrepublik zurückkehren.

Dienstag, 16. Mai 2023, 18:00 Uhr
Stephan Krawczyk, Liedermacher, Autor und Protagonist des Films

Prof. Jürgen Haase, Regisseur und Filmproduzent – zeigen den gemeinsamen Dok-Film (45 min.):

„Stephan Krawczyk: Ich dagegen sin-ge...“



Mitte der 80er Jahre war Krawczyk einer der bekanntesten Oppositionellen der DDR und sang aufmüpfige Lieder. 1988 wurde er aus der DDR ausgewiesen und stand deswegen im Fokus der Medien. Krawczyk engagierte sich danach gegen FCKW, schrieb mehrere Bücher: von seinem Vater, den Wirren der Wiedervereinigung und vom Alltag im neuen Deutschland. Immer noch pflegt er sein "Mundwerk" – komponiert und textet Lieder, tritt öffentlich auf.

Der Film begleitet Stephan Krawczyk auf den Spuren seines Lebens – vom thüringischen Weida über Berlin bis hin zu seinem Rückzugsort im uckermärkischen Warbende.

Dienstag, 30. Mai 2023, 18:00 Uhr
Dr. Wolfgang Kraushaar

Der bekannte Hamburger Politikwissenschaftler referiert zu seinem Buch: Die blinden Flecken der 68er Bewegung.

Auch nach einem halben Jahrhundert gibt es noch immer viele offene Fragen, die einer klaren Deutung der 68er-Bewegung entgegenstehen. Unter ihnen stehen einige besonders hervor: Welche Rolle spielte Pop- und Rockmusik als Multiplikatoren des Protests? Welchen Stellenwert besaßen neue Aktionsformen wie Happenings, Sit-Ins sowie Teach-Ins? Und welche Bedeutung kamen Militanz und Gewalt zu, die einerseits die Ziele der Protestierenden zu beschädigen drohten,

andererseits aber auch zur Publicity ihrer Forderungen nicht unerheblich beigetragen haben? Das alles wird von Wolfgang Kraushaar jenseits der üblichen Muster von Verdammung oder Idealisierung in einem Licht betrachtet, deren Scheinwerfer nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart stehen.

Sein Vortrag beleuchtet auch die mehr als nur problematische Einstellung von einem erheblichen Teil der 68er-Bewegung gegenüber dem Sowjetkommunismus und der DDR aus der Sicht eines Antitotalitären.

Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Wissenschaftliche Tagung „Orte des Ankommens“

Lager, Unterkünfte und Siedlungen für Geflüchtete in Deutschland seit 1945
Architekturen, Wandel, Erinnerung

**Mittwoch, 12. April –
Freitag, 14. April 2023**

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Gedenkstätte Berliner Mauer. Vor 70 Jahren, am 14. April 1953, wurde in Berlin-Marienfelde ein Notaufnahmelager für Flüchtlinge aus der DDR eingerichtet. Das Notaufnahmelager als temporäres Notlager und langfristig gedachter Siedlungsbau nimmt eine Scharnierfunktion zwischen unterschiedlichen Formen der Unterbringung ein. Darüber hinaus handelt es sich um eines der wenigen denkmalgeschützten Flüchtlingslager, das gleichzeitig Erinnerungs- und Denkmal-Ort ist.

Anlässlich des Jahrestages möchten wir über historische und aktuelle Orte der Unterbringung Geflüchteter, ihre Entstehung, Entwicklung und gesellschaftliche Erinnerung diskutieren. In den Panels richtet sich der Blick auf Notunterkünfte nach dem Krieg, Wohnsiedlungen für Geflüchtete, Erinnern und Denkmalpflege, Geflüchtete im Stadtraum und Flüchtlingsarchitekturen heute. Führungen am historischen Ort ergänzen das Programm. Die Tagung ist eine Kooperation des Fachgebietes Städtebauliche Denkmalpflege und Urbanes Kulturerbe der Technischen Universität Berlin, des Leibniz-Institutes für Raumbezogene So-

zialforschung in Erkner und der Stiftung Berliner Mauer.

Tagungsorte

Gedenkstätte Berliner Mauer
Besucherzentrum, Bernauer Straße 119,
13355 Berlin
Erinnerungsstätte Notaufnahmelager
Marienfelde, Marienfelder Allee 66–80
12277 Berlin

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail bis zum 31. März unter anmeldung@stiftung-berliner-mauer.de. Die Teilnahme ist kostenfrei.



Korrekturen zur Ausgabe 1/23

S. 18, „DEMOCRACY MATTERS“ Sybille Krägel, Vorstandsmitglied in der UOKG, Hamburg Januar 2022 – Das muss natürlich Januar 2023 heißen.
S. 23, „Was aus dem Dunklen leuchtet“ – Zeile 18, statt „RAUDENZ“ heißt die Stadt „GRAUDENZ“.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis.

Die Redaktion

Hinweis Redaktion

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als PDF-Dokument zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE330303

Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Die Redaktion

Leserkommentar: Widerspruch auf Lebenszeit – nehmen wir das Rentenunrecht mit in das Grab?

Über 30 Jahre erfolgloser Kampf gegen das Unrecht der ersatzlosen Streichung der zugesagten Rente nach FRG durch eine Rente nach RÜG! Der bis dahin verbindlich festgestellte Rentenverlauf nach FRG wurde für ungültig erklärt und in meinem Fall mit einer Kürzung von ca. 30% nach

dem RÜG ersetzt. Die damaligen, als auch die heutigen Vertreter des Rechtsstaates blieben trotz aller Widersprüche untätig. Aktuell ignorieren die Verantwortlichen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), Hubertus Heil und die Rentenpräsidentin Gundula Roßbach, alle

bekanntes Fakten und überlassen damit einer Rechtsbeugung die biologische Erledigung! Für die noch betroffenen Rentner stirbt die Hoffnung zuletzt! Deshalb mein Aufruf zum Widerspruch auf Lebenszeit!

Peter und Petra Scherf

Rentenbescheid und Rehabilitierung

Nach Eintritt in die Rente stellte der Anspruchsberechtigte im Mai 2021 einen Antrag auf Überprüfung seines Rentenkontos, da für ihn im Rentenbescheid nicht ersichtlich war, dass auch Verfolgungszeiten aus der Zeit der SED-Diktatur berücksichtigt wurden. Eigentlich hatte ihm der Rententräger schon 1999 bestätigt, dass der Reha-Bescheid (Berufliches Rehabilitierungsgesetz, BerRehaG) eingegangen war und bei der Ermittlung der Rentenanprüche berücksichtigt werden würde. Das war nun aber nicht der Fall. Zudem dauerte es, bis die Rentenversicherung überhaupt reagierte: „Ich selbst hatte mehrfach vergeblich um Auskunft über die Service-Telefonnummer des Rententrägers gebeten.“ Hilfreich war es am Ende, Jens Planer-Friedrich (Bürgerbe-

ratung und Beratung öffentlicher Stellen beim Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin) einzubeziehen, der sich nach anderthalb Jahren Wartezeit seinerseits mit einem Schreiben an den Rententräger wandte und sich nach dem Stand der Bearbeitung erkundigte. Jens Planer-Friedrich teilte zugleich mit, dass ein neuerlicher Antrag im Prinzip nicht erforderlich ist – eigentlich hätte der Rententräger von selbst den ihm seit 1999 vorliegenden Reha-Bescheid in die Rentenberechnung einbeziehen müssen.

Nach fast zwei Jahren erhielt der Betroffene nun im Februar 2023 endlich einen neuen Bescheid und folgerichtig auch etwas mehr Rente sowie eine Nachzahlung gerechnet ab Renteneintritt inklusive 4% (Verzugs-)Zinsen. Berücksichtigt wurde

nun das BerRehaG: „Die Prüfung hat ergeben, dass die Berechnung unter Berücksichtigung der Verfolgungszeiten die höchste Rentenleistung ergibt.“

Verwunderlich bleibt, dass die Einbeziehung der Rentenanwartschaften nach dem BerRehaG erst aufgrund eines neuerlichen Antrags erfolgte. Sollte es so sein, dass tatsächlich ein Extraantrag für einen Einbezug von Rehabilitierungsbescheiden erforderlich ist, so wird dies seitens der Rentenversicherung völlig ungenügend kommuniziert. Das wird vermutlich auch vielen anderen Betroffenen so ergehen. Eine Bearbeitungszeit von fast zwei Jahren war ebenfalls befremdlich. Es lohnt sich also, bei der Rentenversicherung nachzufragen, und gegebenenfalls einen formlosen Antrag auf Kontenabgleich bei der Rentenversicherung zu stellen.

Gerold Hildebrand

Bundestag soll Forum Opposition und Widerstand zeitnah umsetzen

Der scheidende Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) Tom Sello appellierte Anfang Februar an den Bundestag, die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu einem Campus für Demokratie jetzt energisch voranzutreiben. Insbesondere müsse das geplante Forum Opposition und Widerstand 1945 – 1990 (FOW) als zentraler Baustein des Campus umgesetzt werden. „Berlin erfährt als ‚Stadt der Freiheit‘ weltweit große Aufmerksamkeit und Wertschätzung“, sagte Sello. „Mit dem Forum Opposition und Widerstand würde ein zentraler Ort dieser Freiheitsgeschichte geschaffen, an dem das Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur als ein bedeutsames Kapitel der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte

vermittelt wird und so Eingang in unsere Erinnerungskultur findet. Damit hätte auch das Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eine gute Verankerung.“

Der Bundestag würde mit einem Bekenntnis zur Weiterentwicklung des Campus für Demokratie die herausragende nationale und internationale Bedeutung dieses historischen Areals herausheben, so Sello weiter. „Das wäre gerade jetzt, wo wir in diesem Jahr den 70. Jahrestag des Volksaufstandes begehen, ein starkes Signal. Es wäre ein klares Bekenntnis zu unserer gemeinsamen Verantwortung für die deutsche Freiheitsgeschichte, wenn der Antrag bis zu diesem Gedenktag eingebracht werden würde.“


Der Bundestag hatte bereits 2019 beschlossen, dass in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann Gesellschaft e. V. eine Dauerausstellung sowie ein virtuelles Zeitzugarchiv zur deutschen Oppositions- und Widerstandsgeschichte von 1945 bis 1989 erstellt werden soll (Drucksache 19/10613). Die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. hat dazu eine entsprechende Machbarkeitsstudie erstellt. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat sich in seiner Sitzung vom 09. Februar 2023 fraktionsübergreifend zur Weiterentwicklung des Campus bekannt. In dem Beschluss wird der Senat aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine schnelle Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand als relevantem Baustein des Campus für Demokratie einzusetzen.

Für Tom Sello ist die Entwicklung des Campus ein Generationenprojekt, dessen Umsetzung mindestens 15 bis 20 Jahre in Anspruch nehmen wird. Der



Aufarbeitungsbeauftragte schlug deshalb vor, ein Element des Forums Opposition und Widerstand vorübergehend im Humboldtforum unterzubringen. „Was dort zum Thema SED-Diktatur und Fried-

liche Revolution präsentiert wird, ist enttäuschend“, kritisiert Sello. „Die Ausstellung grenzt in ihrer Harmlosigkeit an Geschichtsklitterung. Es ist ein Skandal, dass die DDR-Geschichte dort so weich-

gespült dargestellt wird. Deshalb plädiere ich dafür, das Humboldtforum für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit deutscher Diktatur und Freiheitsgeschichte zu öffnen.“ 

Anerkennungsverfahren der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

Antragsfrist endet zum 30. April 2023


Kirchenleitendes Handeln war in der SED-Diktatur nicht immer unabhängig von staatlichen Einflüssen und politischen Rücksichtnahmen. Es gibt Menschen, die dadurch nachhaltig geschädigt wurden. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland übernimmt als Rechtsnachfolgerin Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen sowie der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen Verantwortung für das Handeln dieser Kirchen und

ihrer Repräsentanten. Anträge können alle Personen stellen, die für die Vorgängerkirchen der EKM in Kirche und Diakonie haupt- oder ehrenamtlich tätig waren und während der Zeit der SED-Diktatur aus politischen Gründen drangsaliert wurden und in ihren Kirchen disziplinarisch belangt, im Stich gelassen oder entlassen wurden oder die unter Mithilfe von oder durch Verrat aus kirchlichen Kreisen inhaftiert, gedemütigt, traumatisiert oder

zur Ausreise gedrängt wurden. Anträge können noch bis zum 30. April 2023 gestellt werden.

Der Anerkennungsausschuss wird auf Initiative der Ombudsperson tätig. Die Ombudsperson übergibt dem Anerkennungsausschuss den gefertigten Bericht mit der Bitte um Eröffnung eines Anerkennungsverfahrens.

Kontakt: Hildigund Neubert (Ombudsperson), Mail: ADU-Ombud@ekmd.de
Handy: 0176 72289046

Weitere Information hier: <https://www.ekmd.de/service/erkennung-ddr-unrecht/> 

Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk

Am 10. April 1981 stieg der 23-jährige Matthias Domaschk mit seinem Freund Peter „Blase“ Rösch in einen Zug, um in Berlin an einer Geburtstagsfeier teilzunehmen. Die Staatssicherheit witterte eine Aktion der Freunde gegen den parallel stattfindenden X. Parteitag der SED. Der Zug wurde gestoppt und die beiden Jugendlichen aus dem Zug geholt. Zwei Tage später starb Matthias Domaschk in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera.

Auf der Basis zahlreicher Gespräche mit Freunden und Wegbegleitern, privaten Briefen und Tagebüchern sowie neuen Akten der Staatssicherheit und Recherchen in verschiedenen Archiven zeichnet Peter Wensierski in „Jena Paradies“ die


letzten Tage im Leben von Matthias Domaschk nach. Er erzählt die Geschichte eines Jugendlichen und seiner Freunde, die auf der Suche nach einem selbstbestimmten Leben in Widerspruch zum totalitären Staat gerieten.

Peter Wensierski, berichtete seit 1979 als Journalist und Dokumentarfilmer aus der DDR, von 1986 bis 1993 war er Fernsehjournalist bei der ARD, arbeitete für das Magazin Kontraste, ab 1993 beim Spiegel. Er ist Autor mehrerer Bücher wie „Schläge im Namen des Herrn“, „Die verbotene Reise“ und „Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“ sowie als Co-Autor „Berlin – Stadt der Revolte“. Neben einem Gespräch mit **Dagmar**

Hovestädt (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv) wird Peter Wensierski aus „Jena-Paradies“ lesen und auch Videos mit historischen Bildern zeigen.

Termin: 15. März 2023, 20.00 Uhr
Ort: Pfefferberg Theater, Schönhauser Allee 176, 10119 Berlin

Verkehrsbindung:
U2 Senefelderplatz

Karten für die Veranstaltung erhalten Sie online auf der Internetseite des Pfefferberg Theaters und im Vorverkauf direkt vor Ort. Veranstalter: Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Literatur LIVE, Ch. Links Verlag, Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, Thalia Buchhandlung. 

Berlins neuer Aufarbeitungsbeauftragter nimmt Arbeit auf

Frank Ebert, der neue Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), trat am Mittwoch, 01. März 2023, sein Amt an. Vom Berliner Abgeordnetenhaus auf fünf Jahre gewählt, übernimmt der DDR-Bürgerrechtler Frank Ebert die Amtsgeschäfte von Tom Sello und ist damit Berlins neuer Ansprechpartner für die Opfer der SED-Diktatur.

Ebert dankte seinem Vorgänger für dessen Arbeit: „Du hast mit Deinem Team

in nur fünf Jahren sehr viel erreicht. Dass sich Land und Bund zur Weiterentwicklung des Campus für Demokratie bekannt haben, ist Deiner Beharrlichkeit zu verdanken. Auch das Potenzial des Lernorts Keibelstraße hast Du der Politik erfolgreich nahegebracht. Mit dem BAB-Schulkino ist es gelungen, junge Menschen anzusprechen und für DDR-Geschichte zu sensibilisieren. Der Härtefallfonds hilft Verfolgten der SED-Diktatur in besonderer Notlage. Diese Erfolge

gehen nicht mit Dir in den Ruhestand, sondern sind Grundlage für zukünftige Projekte.“

Weiterhin großer Bedarf an Beratung und Unterstützung der Opfer

Der neue Aufarbeitungsbeauftragte sieht auch weiterhin großen Bedarf an Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Betroffene: „Opfer von politischer Verfolgung und ihre Angehörigen leiden meist noch heute unter den Folgen der SED-Diktatur. Sie befinden sich oft in sozial prekären Lebenslagen und brauchen Hilfe im Paragrafen-Dschungel. Es ist unsere

Pflicht, sie zu unterstützen“, betont Ebert. Unverzichtbar dabei sind aus Sicht des Aufarbeitungsbeauftragten Initiativen wie die Beratungsstelle Gegenwind, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus oder die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. „Diese Institutionen beraten jedes Jahr mehrere tausend Menschen“, so der Aufarbeitungsbeauftragte. „Deshalb ist es sehr wichtig, sie weiterhin finanziell zu fördern.“

Aufklärung über kommunistische Diktaturen bleibt notwendig

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Ebert in der Aufklärung über kommunistische Diktaturen: „Aufklärung über die SED-Diktatur ist eine gesamtdeutsche Aufgabe“, so der Berliner Aufarbeitungsbe-

auftragte. „Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. Das zeigen auch die Entwicklungen im östlichen Europa. Gleichzeitig verschwindet das Wissen über die Unterdrückungsprozesse in den kommunistischen Diktaturen nach und nach. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass das Thema in den Schulen und bereits in der Lehrerbildung einen höheren Stellenwert erhält.“ Außerdem seien Einrichtungen und Projekte zu fördern, die über Ursachen und Folgen des geschehenen Unrechts aufklären und Zeugnisse von Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur bewahren.

Eine bedeutende Rolle spielt dabei aus Eberts Sicht die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Das historische Gelände soll als Campus für Demokratie

mit dem Bundesarchiv und dem geplanten Forum Opposition und Widerstand (1945-1990) als wichtigstem Baustein weiterentwickelt werden. „Die Idee des Campus für Demokratie ist eben nicht nur ‚Stasi‘“, erklärt der Aufarbeitungsbeauftragte. „Mit der Weiterentwicklung wird an diesem historischen Ort die Demokratiebildung gestärkt. Er soll auch Anknüpfungs- und Anlaufpunkt für jene sein, die heute in Belarus, im Iran oder Russland um ihre Freiheit kämpfen.“

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
 Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin
 Telefon (030) 24 07 92-33
 Telefax (030) 24 07 92-99
 presse@aufarbeitung-berlin.de
 www.aufarbeitung-berlin.de



BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ zog am 16./17.02.2023 Bilanz

Gemeinsame Tagung zu Ausmaß, Folgen und Aufarbeitung politischer Repression in der DDR

Zum öffentlichen Auftakt der Tagung am 16. Februar ab 18 Uhr stellte der Rechtswissenschaftler Johannes Weberling eine Allensbach-Umfrage zu den Auswirkungen der Aufarbeitung des SED-Unrechts auf das Rechtsbewusstsein der Betroffenen vor. Es folgte ein Impulsvortrag von Jörg Baberowski, Historiker und Sprecher des Forschungsverbundes, über die Folgen von Repressionen für das Leben in und nach der Diktatur.

Die anschließende Podiumsdiskussion mit Stefan Röpke (Charité Universitätsmedizin Berlin), Heide Schinowsky (Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus) und Johannes Weberling im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Linda Teuteberg (FDP) und sowie dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Andreas Otto (Bündnis90/Die Grünen) widmete sich den Impulsen, die die Erkenntnisse des Forschungsverbundes für den künftigen Umgang mit den gesundheitlichen und juristischen Folgen politischer Repression sowie für die politische Bildungsarbeit geben können – auch angesichts heutiger Diktaturen und politischer Verfolgung in Europa und weltweit.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wurde das Jahrbuch für Historische Kommunismuforschung 2023 vorgestellt. Die 30. Ausgabe der Jahresschrift dokumentiert die Beiträge zur 3. Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismuforschung, die vom Forschungsverbund 2021 ausgerichtet worden war.

Die Abendveranstaltung am 16. Februar 2023 wurde im Livestream auf YouTube übertragen. Sie kann hier auch nachträglich abgerufen werden unter: https://youtu.be/YQfCfHj_Ox4

Fragen zur Konferenz beantwortet Alexander Frese vom Forschungsverbund Landschaften der Verfolgung
 Tel.: 0157/36 44 37 21
alexander.frese@hu-berlin.de

Wir müssen reden!
„Das ist (nicht) unser Krieg“

Am 23. Februar 2023 diskutierten Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Memorial Interna-

tional), Juri Durkot, (Übersetzer und Publizist, Lviv) und Markus Meckel (Außenminister a. D.) über den russischen Überfall auf die Ukraine. Mitglieder von Demokrati-Ja beteiligten sich an der Diskussion. Die Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Verbindung mit Demokrati-Ja moderierte Tamina Kutscher, freie Journalistin.

Die Veranstaltung können Sie ebenfalls auch auf YouTube <https://youtu.be/eut-VImQfcXk> im Nachgang in der Mediathek abrufen.

Weitere Informationen erhalten Sie von:
 Tilman Günther
 Fon: 030 31 98 95 225
 E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Mitwirkende des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“.

Vor 75 Jahren – Putsch der Sowjetisierung in der Tschechoslowakei

Am 25. Februar 1948 wurde den Demokraten das Mandat im Parlament entzogen und damit die Demokratie beendet. Nach Angaben des tschechischen Dokumentations- und Ermittlungsbüros für Kommunismuskriminalität (Úřad dokumentace a vyšetřování zločinů komunismu, Prag) wurden in der Tschechoslowakei 248 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet. Etwa 4.500 Menschen starben in Gefängnissen und mindestens 282 wurden bei dem Versuch getötet, durch den Eisernen Vorhang zu fliehen. Mehr als 205 000 Menschen wurden aus politischen Gründen zu Haftstrafen (bis zu lebenslänglich) verurteilt. Etwa 20.000 Menschen wurden ohne Gerichtsverfahren in Zwangsarbeitslager gesteckt und etwa 22.000 Menschen aus politischen Gründen zu Hilfsarbeitern gemacht. Bei einer Gedenkfeier am 22. Februar 2023 am Denkmal für Opfer der totalitären Regime auf dem Jakub-Platz in Bratislava hielt der amtierende slowakische Ministerpräsident Eduard Heger eine Grund-

satzrede. Zugleich wurde eine „Erklärung der Regierung der Slowakischen Republik zum Februarputsch 1948“ veröffentlicht, in der insbesondere der Opfer des Kommunismus gedacht wurde. Das kommunistische Regime habe, so heißt es dort, tiefe politische, spirituelle, moralische und wirtschaftliche Schäden hinterlassen, die noch heute spürbar sind. Die Regierung bringt ihr tiefes und aufrichtiges Bedauern für die tragischen Geschichten der Opfer des Kommunismus zum Ausdruck, und machte deutlich, dass auch das Leben ihrer Angehörigen davon geprägt wurde.

So wichtig Erklärungen sind, braucht es aber auch Taten. Seit zwei Jahren verweigert das Innenministerium der aktuellen slowakische Regierung die gesetzlich geregelte Subvention des Slowakischen Verbandes der Opfer der kommunistischen Diktatur (Politickí väzni – Zväz protikomunistického odboja), der für den Druck der Mitgliederzeitschrift „Svedectvo“ (also dem Pendant zum „Stachel-

draht“) bestimmt ist. Die slowakische Organisation, in der sich viele Zeuge der brutalen Repression zwischen 1948 und 1989 zusammengeschlossen haben, ist wie die UOKG Gründungsmitglied der International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism (Inter-Asso www.interasso.com).

Die slowakischen Opfer ringen weiter um Anerkennung in der Gesellschaft. Wer die Tätigkeit unseres Partnerverbandes unterstützen will, kann dies durch einen Brief an den Slowakischen Innenminister (Herr Roman Mikulec, Pribinova 2, 812 72 Bratislava, Slowakei) oder Spende oder einem tun.

Spendenverbindung:
Inter-Asso bei Postbank Berlin
(IBAN: DE23 1001 0010 0085 9271 03),
Zweck „Svedectvo – Zeugnis“.

Christian Dietrich
(Präsident der Inter-Asso)

DDR, Staatssicherheit und Repression in Neubrandenburg

Nach einer ersten Auftaktveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion im Jahr 2021, bei der der Umgang mit der Erinnerung der SED-Diktatur und Staatssicherheit in Neubrandenburg erstmals öffentlich diskutiert wurde, organisierte das

II. Forum „DDR, Staatssicherheit und Repression in Neubrandenburg“ am 02. November 2022 gemeinsam mit der Hochschule Neubrandenburg in Kooperation mit der RAA-Geschichtswerkstatt „zeitlupe“, der Stadt Neubrandenburg und dem

Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg eine zweite Podiumsdiskussion.

Nach einer Begrüßung und einem sehr eindringlichen Impulsvortrag durch Dr. Christian Halbrock (u. a. Autor: Die Untersuchungsanstalt der DDR-Staatssicherheit in Neustrelitz 1953–1987) skizzierte dieser die Strukturen des MfS und stellte eindringlich heraus, dass die MfS-JVA-Neubrandenburg ein Alleinstellungsmerkmal für die gesamte DDR hatte und technisch wie baulich erforscht werden sollte, wenn die Stadt Neubrandenburg sich für deren Erhalt ausspricht. Er widmet sich der Geschichte der MfS-Untersuchungsanstalten, gibt Einblicke in ihre bauliche Substanz sowie die materielle wie personelle Ausstattung. Dr. Christian Halbrock regte u. a. an, die ehemalige MfS-Haftanstalt Neubrandenburg als Lehrkabinett für ganz M-V zu entwickeln. Was eine sehr interessante Idee ist.

In einem Zeitzeugeninterview, was Prof. Kai Brauer mit Thoralf Maaß führte, sprach sich Thoralf Maaß für eine zukünftige Nutzung der MfS Untersuchungsanstalt Neubrandenburg als Gedenkort aus. Im Zeitzeugengespräch zwischen Prof. Brauer und Thoralf Maaß zeigte



Zeitzeugengespräch zwischen Prof. K. Brauer und T. Maaß

sich, wie stark die politische Repression gegenüber Andersdenkenden vom staatlichen SED-Machtapparat geprägt war, der dem Eigenwillen seiner Bürger in erster Linie mit Misstrauen, Angst und Kontrolle begegnete.

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion war man sich weitgehend darüber einig, dass Areal als Gedenkort zu entwickeln. Der Vertreter der Stadt Neubrandenburg gab kein abschließendes Statement ab, da er noch auf das Votum der Stadtvertretung wartet. Er äußerte, dass die Stadt Neubrandenburg jetzt einen Forschungsantrag zu dem MfS-Areal-Neubrandenburg-Lindenberg stellen will. Nach mehr als 30 Jahren Friedliche Revolution ein wohl mehr als überfälliges Signal von Seiten der Stadt Neubrandenburg.

Ratsherr Robert Schnell (AfD) äußerte sich als einziger anwesender Stadtvertreter, dass er einem Abriss der MfS-JVA-Neubrandenburg niemals zustimmen werde, da die Stadt ausreichend Flächen für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung hätte. Weitere anwesende Stadtvertreter gaben kein Statement ab.



Fotos: André Rohloff

Podiumsdiskussion (von links nach rechts): Martin Müller-Butz (Mitglied des zeitlupe-Projektteams – RAA M-V), André Rohloff (Stv. Landesvorsitzender M-V der VOS e.V.), Birger Maßmann (Abteilungsleiter Kultur der Stadt Neubrandenburg), Dr. Steffi Brüning (Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock), Kathrin Engel (Stasi-Haftanstalt Töpferstraße e.V.) und Dr. Christian Boos.

Am 15.12.2022 sprach sich die Stadtvertretung Neubrandenburg mit 14 Ja-Stimmen (SPD, B90/Die Grünen, AfD), 13 Nein-Stimmen (DieLinke, Bürger für Neubrandenburg), bei 4 Enthaltungen (CDU/FDP) für ein fünfjähriges Moratorium zur MfS-UHA-Neubrandenburg aus. In dieser

Zeit soll u.a. ein Gedenkstättenkonzept erarbeitet werden. Was für ein Signal an die Betroffenen der SED-Diktatur, wenn solch ein Beschluss so knapp angenommen wurde.

André Rohloff

Spitzentreffen von Bündnis 90/Die Grünen und BdV

Mit einer Einladung zum gemeinsamen Frühstück hatte die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Katharina Schulze, MdL, ihren Wunsch nach Fortsetzung des Dialogs mit dem Bund der Vertriebenen in Bayern unterstrichen. „Wir freuen uns sehr über den Besuch, uns ist sehr an einem regelmäßigen Austausch gelegen. Das heutige Gespräch mit dem BdV soll den Auftakt für einen regelmäßigen Meinungsaustausch bilden.“ Mit diesen Worten begrüßte die Politikerin am 24. Januar BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer, der mit seiner Stellvertreterin Herta Daniel und Landesschatzmeister Paul Hansel der Einladung ins Maximilianeum gefolgt war. Auch wenn das letzte Treffen mit der damaligen Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und dem geschäftsführenden Landesvorstand des BdV schon fast sechs Jahre zurücklag, waren die gegenseitigen Kontakte jedoch nie ganz abgebrochen. So war der BdV-Landesvorsitzende ein gern gesehener Gast bei der Verfassungsfeier der Fraktion in Herrenchiemsee oder bei der „Stallwächterparty“ in München. Erstmals wurde im vergangenen Jahr ein BdV-Vertreter offiziell zum Landesparteitag eingeladen und dort mit viel Applaus begrüßt.

Der Willen zum engeren Gedankenaustausch wurde in den letzten Monaten nicht nur durch die hochrangige Teilnahme der Fraktion an der Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung in der Bayerischen Staatskanzlei deutlich. Neben der Vertriebenenpolitischen Sprecherin der Fraktion, Gülseren Demirel, waren im vergangenen Jahr auch Landtagsvizepräsident Thomas Gehring und der Parlamentarischer Geschäftsführer Jürgen Mistol der entsprechenden Einladung des Ministerpräsidenten gefolgt. Die dabei geführten Gespräche mit der BdV-Führung führten schließlich zu einem Besuch Mistols und Gehrings im Sudetendeutschen Museum, dem sich auch die unterfränkische Abgeordnete Kerstin Celina angeschlossen hatte. Letztere stand anschließend BdV-Landesvorstandsmitgliedern in deren Geschäftsstelle Rede und Antwort.

Seine Mitgliedschaft im Rundfunkrat nutzte BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer über all die Jahre, um vor allem über die Landtagsabgeordneten Dr. Martin Runge, Verena Osgyan und Susanne Kurz Wünsche an die Fraktion zu einschlägigen Beratungen in den Landtagsausschüssen heranzutragen. So war es

nicht verwunderlich, dass BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer zu Beginn des Gesprächs feststellte, dass es mit Ausnahme von Hessen, es wohl kaum ein anderes Bundesland gebe, in dem es seit Jahren ein konstruktives Bemühen beider Seiten gebe, sich über die Arbeit der Vertriebenenverbände und deren Anliegen auszutauschen. Einig war man sich beim Frühstück allerdings, dass „hier noch Vieles ausbaufähig“ sei. Hierzu ist die Landtagsfraktion, so Schulze, bereit. Aus dem Stadium, dass der BdV bei den Grünen sich „in der Kiste Feind befinde, über den man eigentlich nichts weiß“, wie es vor über zwei Jahrzehnten die damalige Landesvorsitzende und heutige baden-württembergische Kultusministerin Theresa Schopper beim ersten Zusammentreffen von BdV und Grünen humorvoll bezeichnete, sei man längst heraus. Der gemeinsame Kampf gegen einen stumpfen Nationalismus, gepaart mit Antisemitismus und Rassismus sowie das Eintreten für ein freiheitliches und demokratisches Europa bilde eine stabile Grundlage für den gegenseitigen Austausch.

Positiv angetan waren die BdV-Vertreter von der ausgesprochen guten Vorberei-





Text/Foto: S. Marib/BdV Bayern

Konstruktives Gespräch beim Frühstück (von links): BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, dessen Stellvertreterin Herta Daniel, Landesschatzmeister Paul Hansel, Vertriebenenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gülseren Demirel, MdL, Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, MdL und Kerstin Celina, MdL.



Text/Foto: S. Marib/BdV Bayern

Gruppenbild nach gelungenem Meinungsaustausch (von links): Kerstin Celina, MdL, stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Herta Daniel, Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, MdL, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Vertriebenenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gülseren Demirel, MdL, und Landesschatzmeister Paul Hansel.

tung der Grünen-Politiker auf das Gespräch. Landesschatzmeister Paul Hansel zeigte sich nach dem Austausch über die gezielten Fragestellungen zu den BdV-Themen besonders erfreut. Auf großes Interesse stieß auch die Rentenproblematik der Aussiedler und Spätaussiedler. Fundiert konnte dabei die Ehrenvorsitzende der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, auf einige Benachteiligungen im Fremdrentengesetz (FRG) mit der Folge drohender Altersarmut bei den Betroffenen hinweisen. Dabei erinnerte sie an die Kürzung der Entgeltpunkte (EP) aus FRG-Zeiten um ein Sechstel, die Decke-

lung der Anzahl der Entgeltpunkte (EP) aus FRG-Zeiten auf 25 bzw. 40 und die Einführung des Faktors 0,6 bei einem Rentenbeginn ab 01. Oktober 1996 durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz vom 25. September 1996. Dieser Faktor war mit Blick auf die damals sehr niedrigen „Ost-Renten“ nach der Wiedervereinigung für FRG-Renten, zur Vermeidung von sozialen Ungleichheiten eingeführt worden. Während bei den Ost-Renten eine Dynamisierung eingeführt wurde, die den Rentenwert bis 2024 auf 100 Prozent des Westniveaus ansteigen lässt, fehlt diese Dynamisierung bei den

Altersrenten für ihre betroffenen Landsleute. So drohten bei den Renten nach dem FRG-Kürzungen von mehr als bis zu 50 Prozent, bezogen auf die individuelle Lebensarbeitsleistung.

Als unzulänglich bezeichnete sie den von der letzten Bundesregierung 2021 beschlossenen Härtefallfonds. Je eine Milliarde Euro sollten durch Bund und Länder zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht aus der Ost-West-Rentenüberleitung Spät-/Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlings dienen. Diese Regelung sei nunmehr von der neuen Bundesregierung völlig unzureichend umgesetzt worden. Zum einen seien die Bundesmittel um die Hälfte gekürzt, zum anderen die Länder aus der ursprünglich angedachten Pflicht zur Beteiligung entlassen worden. Andererseits gehörten zum Kreis der Anspruchsberechtigten nur Spätaussiedler (Aufnahme in Deutschland ab 01. Januar 1993) und nicht Aussiedler (Aufnahme in Deutschland bis zum 31. Dezember 1992). Obwohl rund 750.000 Spät-/Aussiedler Rentenbezieher nach dem FRG sind, würden durch die eng gesetzten Bedingungen nur zirka 60.000 bis 70.000 von ihnen antragsberechtigt für die nunmehr geplante Einmalzahlung von 2.500 Euro sein.

Beklagt wurde von den BdV-Vertretern auch die Kürzung der Projektmittel auf Bundesebene. Bei den wenigen Mitteln, die bislang zur Verfügung standen, sei bereits der Rotstift angesetzt worden. Dadurch seien viele projektgeförderte Institutionen in ihrer Existenz gefährdet. Kontakte und Beziehungen – Brücken in Europa –, die durch die Corona-Krise schon genug gelitten hätten, drohten endgültig zusammenzubrechen. Wenn man bedenke, dass die Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ein Viertel der bundesdeutschen Gesellschaft tangiere, könne man von Seiten ihrer Verbände kein Verständnis hierfür aufbringen. Beunruhigt seien die Landsmannschaften auch durch die Ankündigung von Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die Grundsätze der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz überarbeiten zu wollen.

Gerade die letzten beiden Punkte will die Fraktionsvorsitzende an Kulturstaatsministerin Claudia Roth herantragen. Sie plädierte dafür, anhand konkreter Informationen aus dem Ministerium weiterzudiskutieren. Zudem regte sie einen Meinungsaustausch des bayerischen BdV mit Claudia Roth, die aus Augsburg stamme, an.



BdV besucht Ukrainische Freie Universität

Zu einem zweistündigen Informationsaustausch trafen sich Mitte Februar BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer und dessen Stellvertreter, Josef Zellmeier, MdL, mit hochrangiger Vertreterin und Vertretern der Ukrainischen Freien Universität in deren Räumlichkeiten in der Barellistraße in München. Rektorin Prof. Maria Pryshlak dankte dem Vertriebenenverband für dessen Petitionen zur Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung für die Universität durch Bund und Freistaat. Beide Initiativen seien zur Erfüllung der durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelösten neuen Aufgaben von größter Bedeutung. In besonderer Weise würdigte sie die fortwährende Unterstützung des BdV-Landesvorsitzenden für die Hochschule. Wie nur wenige, engagiere sich dieser fortwährend für die UFU. „Dies ist für uns alles andere als selbstverständlich und dies wissen wir hoch zu schätzen“, so Pryshlak. Die Universität hatte Knauer bereits im Januar 1999 für dessen Verdienste die Würde eines Ehrensenators verliehen.

Die ursprünglich 1921 in Prag gegründete Exil-Universität der Ukraine, die seit 1945 ihren Sitz in München hat, werde derzeit von auf der Flucht befindlichen ukrainischen Studentinnen und Studenten „geradezu überrannt“. Wegen der Zerstörung der ukrainischen Universitäten, vor allem im Osten des Landes, sei die UFU für viele Studierende die einzige Anlaufstelle, um in ihrer Muttersprache begonnene Studien weiterzuführen. An den drei Fakultäten (Philosophie, Staats- und Wirtschaftswissenschaften und Ukrainistik) arbeiten derzeit 103 Professoren, Dozenten und emeritierte Professoren sowie 25 externe Gastdozenten und Lehrbeauftragte. Der Großteil der Lehrenden stammt aus Nordamerika, Europa und der Ukraine. Konnte die Einrichtung bis 1996 auf finanzielle Unterstützung durch den Bund und bis 2006 durch den Freistaat Bayern zählen, unterblieb die Förderung anschließend wegen des Zerfalls der Sowjetunion und der Selbstständigkeit der Ukraine. Bis heute finanziert sich die private Hochschule durch Studiengebühren und Spenden.

Um das Los der verzweifelten Situation der ukrainischen Studentinnen und Studenten zu verbessern, hatte das bayerische Wissenschaftsministerium im April

2022 für das laufende Wintersemester 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte die Studierendenzahl verdoppelt werden.

Weiter hat ein Münchener Unternehmen der UFU in einem ihrer Gebäude 1.000 Quadratmeter Nutzfläche kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Technik für den Hybrid-Unterricht konnte mit einer Spende von Herzog Franz von Bayern ausgebaut werden. Die Landeshauptstadt sponserte rund 400 Laptops für die IT-Abteilung, Microsoft die MS-Office-Lizenzen für alle Studierenden. Die Technische Universität München unterstützt bei der Installation der neuen Technik in die Vorlesungsräume. Trotz all der Hilfe befinden sich immer noch bis zu 150 Personen auf der Warteliste der Universität.

Um den Betrieb auch in den kommenden Semestern bedarfsgerecht durchführen zu können, hofft die Universität auf eine jährliche staatliche Unterstützung in Höhe von etwa 270.000 Euro. Damit könnten auch in Forschung und Lehre Anteilig Personen engagiert werden, um der höheren Studentenzahlen gerecht zu werden. Dass diese Wünsche in Erfüllung gehen, erhofft sich die Universitätsleitung durch die Behandlung

der Petitionen des BdV im Land- und Bundestag. Durch den Schritt des Vertriebenenverbandes hätten bereits eine beachtliche Anzahl von Bundes- und Landtagsabgeordneten ihr Interesse für die UFU gezeigt, so die Rektorin. Daher war es für sie eine große Freude, dass die Vertreter aller Landtagsfraktionen die Petition nach ihren Beratungen „zur Würdigung“ an die Staatsregierung überwiesen haben.

Dass der Gesprächsabend zu einem neuen Schub für die Umsetzung der Anliegen der UFU führen könnte, darauf lässt die Ankündigung des stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Josef Zellmeier, schließen. Er will sich zeitnah mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses Robert Brannekämper (CSU), dessen Stellvertreter Dr. Wolfgang Heubisch (FDP), den vertriebenenpolitischen Sprechern von SPD und Freien Wählern, Volkmar Halbleib und Bernhard Pohl, der Grünenabgeordneten Verena Osgyan und Wissenschaftsminister Markus Blume, MdL, an einen Tisch setzen, um die Möglichkeit für ein Hilfspaket für die UFU zu schnüren.

Susanne Marb



Foto: Susanne Marb/BdV

Konstruktiver Informationsaustausch zwischen BdV und UFU (von links): Josef Zellmeier, MdL, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Kanzler Dmytro Shevchenko, Rektorin Prof. Dr. Maria Pryshlak, Beirat Dieter Rippel und Lehrbeauftragter Peter Hilkes.

„Wo befindet sich mein Junge?“

Der jahrelange Kampf eines Vaters, der wissen wollte, wohin sein Sohn verschwunden ist. Der Nachlass von **Dietmar Bockel** ist einzigartig. Er umfasst Durchschläge und Kopien sämtlicher Briefe, die sein Vater Rudolf und sein Großvater Heinrich an nahezu alle Regierungs- und Behördenvertreter, an Polizeidienststellen und kirchennahe Institutionen in der DDR geschrieben haben.

Dietmar Bockel war als 19-Jähriger am 05. August 1950 um 22:15 Uhr von der Kriminalpolizei in der elterlichen Wohnung in Mühlhausen (Thüringen) vor den Augen der Eltern festgenommen und in Handschellen abgeführt worden. Am 6. August 1950 erfolgte der Transport ins „Weiße Haus“ in Weimar, am 17. August 1950 die Übergabe an das russische MWD und seine Unterbringung im Weimarer Landesgerichtsgefängnis. Nach monatelanger Haft mit immer nächtlichen Verhören und systematischem Schlafentzug wurde er dann am 18. März 1951 in einem Gruppenprozess („Gruppe Peters“) durch ein Sowjetisches Militärtribunal wegen „Spionage“ und „antisowjetischer Propaganda“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit in einem Arbeits- und Besserungslager verurteilt. Vier seiner Mitangeklagten erhielten

ein Todesurteil – die Vollstreckung fand am 14. Juni 1951 in Moskau statt. Seine Haftzeit verbrachte Dietmar Bockel im jenseits des Polarkreises gelegenen Straflagers Workuta, Schacht 29, Lager 10. Am 01. August 1953 überlebte er die blutige Niederschlagung des Streiks und rettete seinem schwerverletzten Freund Heini Fritsche das Leben. Am 15. Dezember 1955 (zwei Tage vor seinem 25. Geburtstag) wurde Dietmar Bockel in die Freiheit nach West-Deutschland (Friedland) entlassen.

Von all dem erfuhren die Eltern erst nach seiner Rückkehr aus dem GULag. Über Jahre hinweg war ihnen das Schicksal ihres Sohnes unbekannt geblieben. Sie forschten deshalb nach und verlangten Auskunft über den Verbleib ihres Sohnes. Doch sie wurden hingehalten und unwissend gehalten, später wurde auch versucht, sie mit falschen Angaben ruhig zu halten. Die Briefe aus dem Nachlass von Dietmar Bockel legen hierüber ein beredtes Zeugnis ab.

Die Briefe sind über die Zeit vergilbt, die Seitenränder haben Risse und Eselohren, manche Lochöffnungen sind eingerissen. Alle Briefe kennzeichnen, dass sie sehr eng getippt sind, nahezu alle umfassen zwei, manche sogar drei oder vier Seiten. Von einigen Briefen sind handschriftliche Vorlagen erhalten.

Der erste Brief ist vom 23. August 1950 an „die Landesbehörde der Volkspolizei in Weimar“ gerichtet. Der letzte Brief ist vom 13. Dezember 1957 „an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h.c. Otto Nuschke, Leipziger Platz, Tor 16 in Berlin“ adressiert.

In diesem Zeitraum schrieben Vater und Großvater Bockel 249 Briefe an 53 unterschiedliche Empfänger, 35 Briefe im Jahr 1950 und 124 im Jahr 1951. Am 31. Dezember 1950 schrieb Rudolf Bockel vier Briefe, alle mit unterschiedlichem Wortlaut. Sie sind adressiert an die SED Kreisleitung in Mühlhausen, an den Minister des Innern in Weimar, an den Ministerpräsidenten Wilhelm Pieck und einen dreiseitigen Brief an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Am 05. August 1953, am dritten Jahrestag der Festnahme seines Sohnes, schrieb Rudolf Bockel nicht weniger als vier Briefe, nämlich an den Präsidenten der

Volkskammer, an den Generalsekretär des Deutschen Friedensrates Heinz Willmann, an den Vorsitzenden der CDU und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke sowie an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.

An Otto Grotewohl sind insgesamt 24 Briefe adressiert, an Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer, 22 Briefe, an Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, 21 Briefe, an Otto Nuschke, 21 Briefe, an Erich Honecker, Zentralrat der FDJ, acht Briefe.

Auch Kircheninstitutionen schrieb Rudolf Bockel an. An Kirchenpräsident Martin Niemöller sind zwölf Briefe adressiert; an das Hilfswerk der EKD Berlin, Propst Grüber, fünf Briefe. Die Korrespondenz mit dem Evangelischen Hilfswerk in München und Bischof Heckel (sieben Briefe) sticht jedoch hervor. Wie kaum ein anderer Mann der Kirche leistete Bischof Heckel tatkräftige Hilfe für die Gefangenen. Durch seine unermüdliche Arbeit, die mit dazu beitrug, dass ab dem Winter 1953/54 erste Post- und Paket-sendungen die Lager erreichten, haben viele GULag-Häftlinge wieder Mut und Hoffnung gefunden. Die Botschaft war angekommen: Ihr seid nicht vergessen!

Dietmar Bockel starb am 09. Juni 2019. Seine Ehefrau Helga, auch sie mittlerweile verstorben, schrieb im November 2019 über Workuta und Lagerhaft: „Die Familienangehörigen sind auch involviert und wissen Etliches darüber. Bei den Betroffenen hat die ‚Leichtigkeit‘, etc., die man sich manchmal wünscht, gelitten. Dietmar war zwar immer launiger Optimist vom Dienst. Workuta, die Qual der Verhaftung, etc. waren doch stets relevant.“

Beim Lesen der Briefe erahnt man, warum die „Leichtigkeit“ nicht nur bei Dietmar sondern bei der ganzen Familie Bockel verloren gegangen ist. Was die Briefe so überaus bemerkenswert und selbst nach über 70 Jahren lesenswert macht, ist nicht nur der Mut, die Ausdauer, ja fast Penetranz, mit der vor allem Vater Rudolf Bockel schrieb. Es ist vor allem die Tonalität, die beeindruckt. Hier schrieb ein selbständig denkender Bürger, der den Machthabern der DDR ihre sozialistischen Proklamationen entgegenhält: „*Ich erfuhr, dass er [Dietmar Bockel] in Diskussionen mit Arbeitskol-*



Schreibmaschine Rudolf Bockel

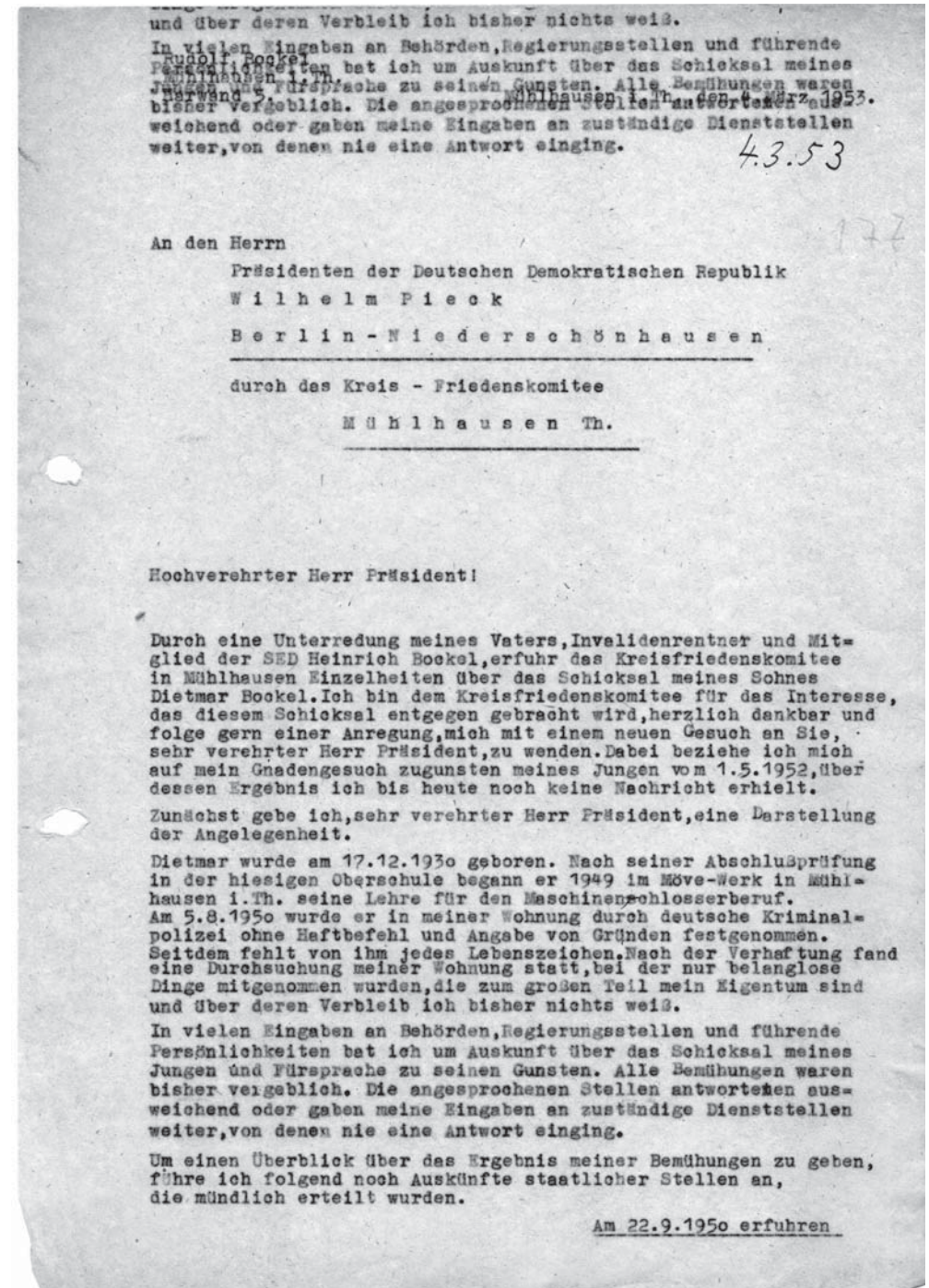
legen freimütig und offen seine Meinung aussprach. Er ist zu ehrlich, etwas anderes zu sagen, als er denkt. Er glaubte aber, dass er das dürfe, weil unsere Verfassung jedem das Recht dazu gibt.“ (Schreiben Rudolf Bockels vom 10. September 1950 an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck) „Im Mitgliedsausweis Nr. 558130, dem Mitgliedsausweis meines Jungen, ist programmatisch zusammengestellt, was die Freie Deutsche Jugend will. Ich entnehme daraus folgendes: Die Gewinnung der deutschen Jugend für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, die die Freiheit der Gemeinschaften als Grundlage hat und in der die Würde wahren Menschentums geachtet wird.“ (Schreiben Rudolf Bockels vom 23. März 1951 an den Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ, Erich Honecker) „Auch heute, nachdem seit der Festnahme meines Jungen 9 Monate verflossen sind, besteht für uns, seine Eltern, noch immer Ungewissheit über sein Schicksal.

Ich weiß nicht

- 1) wann und vor welchem Gericht die Verhandlung stattfand und das Urteil gesprochen wurde,
- 2) wie das Urteil lautet und welche gesetzliche oder strafrechtliche Begründung vorhanden ist,
- 3) wo sich mein Junge, den wir nunmehr seit 9 Monaten nicht gesehen und sprechen konnten, befindet.“ (Schreiben Rudolf Bockels vom 03. Mai 1951 an das Ministerium für Staatssicherheit)

Das Antwortschreiben des Präsidenten der DDR ist datiert vom 17. Oktober 1950 und nimmt Bezug auf Bockels Schreiben vom 10.09.1950, 06.10.1950, 14.10.1950 und 18.10.1950. „Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik kann in die von Ihnen vorgebrachte Angelegenheit nicht eingreifen, denn die Durchführung des nach IHRER Darstellung noch nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahrens liegt ausschließlich in der Hand der dafür zuständigen Dienststellen. Nach Abschluss der Ermittlungen werden Sie eine Nachricht über das Ergebnis erhalten.“

In einer Kopie der MfS-Akte, die der Familie Bockel von der BStU übergeben wurde, sind zwar nur wenige ihrer Briefe (samt Anlagen) enthalten, dafür aber diverse Briefe/Telegramme, die zwischen den Regierungsstellen ausgetauscht wurden. So schreibt das MfS,



Verwaltung Thüringen, an das MfS, Hauptabteilung Erf. und Statistik: „Die Angehörigen des o.G. wurden bereits am 24.04.1951 benachrichtigt, dass sich ihr Sohn in der Strafanstalt in Bautzen befinden soll. Wie uns nun die Eltern mitteilen, ist dies nicht der Fall. Weitere Ermittlungen nach dem Verbleib des B. müssten angestellt werden.“ Das MfS Erf. und Statistik schreibt am 18.07.1951 an das MfS Thüringen Erf. und Statistik: „Wir ersuchen, uns umgehend mitzuteilen, ob an den Vater, Rudolf Bockel [...] eine Auskunft über den Verbleib seines Sohnes Dietmar gegeben wurde, und was überhaupt in dieser Angelegenheit unternommen wurde, da bei uns schon wieder Anfragen eingegangen sind.“

Die Schreiben, die Rudolf Bockel an die Volksammer gesendet hatte, leitete diese an Minister Zaisser vom MfS weiter mit der Bitte um direkte Erledigung. Am 03.07.1952 geht ein internes Schreiben an die Verwaltung des MfS Abt. XII in Thüringen: „Dieter [sic!] Bockel gehört einer Spionagegruppe an. Er wurde am 06.08.1950 [sic!] festgenommen und am 17.08.1950 den Freunden übergeben. Auf Anweisung des Chefinspektors Menzel wurde der Vater am 24.04.1951 benachrichtigt, dass sein Sohn wegen Spionage verurteilt ist. Der Vater des Verurteilten gibt sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden, er hat in ununterbrochener Folge Verwaltungsstellen und Parteien angeschrieben. Die



voneinander abweichenden Auskünfte, die er dabei erhalten hat, benutzt er jetzt um seine Schreibereien zu verstärken. Wo sich Dieter Bockel jetzt befindet, konnten wir von unserem Instrukteur nicht erfahren.“

Für Dietmar Bockels jüngste Tochter Kerstin ist es nunmehr an der Zeit, den bewegenden Familiennachlass der Bun-

desstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu übergeben, so dass er „aufbewahrt wird für alle Zeit“.

Nicht „damit so etwas nie wieder geschieht“, sondern weil es wieder geschieht. Die Vernichtung von Menschen, die als Gegner betrachtet werden, bleibt Ziel vieler Diktaturen. „Wir müssen wissen, warum, und jede Geschichte, jede

Erinnerung, jedes Dokument des Gulags ist ein Stückchen dieses Puzzles, ein Teil der Erklärung. Ohne sie werden wir eines Tages aufwachen und feststellen, dass wir nicht wissen, wer wir sind“ (Anne Applebaum, Der Gulag).

Stefan Krikowski
(Sprecher der Lagergemeinschaft
Workuta/GULag Sowjetunion)

Der Osten denkt eben anders als der Westen

Obwohl es alle psychologischen Prozesse zusammenfasst, sind doch Wahrnehmungen und persönliche Erfahrungen neben angeeignetem Wissen und anderem, eine der wesentlichen Grundlagen des Denkens. Und diese sind in Osteuropa eben anders als im Westen – wengleich ein Wanderer darüber einen Witz macht.

Diesen grundsätzlichen Fakt stelle ich meinen Ausführungen voran, die von einer Rede Gregor Gysis im Deutschen Bundestag im September 2022 ausgehen. Gregor Gysi hielt eine Rede, die das Problem des Andersseins besonders krass am Beispiel der Ukraine zeigte. Er kanzelte dabei die grüne Politikerin Katrin Göring-Eckardt wegen mangelndem Geschichtswissen ab, die dann wie auch andere grüne Politiker wie bedepert in ihren Sesseln saßen und betroffen dreinschauten. Gysi ging auf einen Fakt in der ukrainischen Politik ein, der in Deutschland so gut wie nicht bekannt ist, weil das bei uns wenig publiziert wird, nämlich, dass es dort eine extrem nationalistische Partei gibt, die an der ukrainischen Regierung beteiligt ist. Diese Partei sei sozusagen eine faschistische Partei und habe bis 2014 ein Institut geführt, das den Namen Hermann Göring hatte. Erst nach 2014 sei es umbenannt worden. Das habe sich keine andere Partei in Europa getraut. Nebenbei bemerkt, deckt sich dieser Fakt mit den von Putins Regierung propagierten Vorwurf, dass in der Ukraine Faschisten an der Macht seien, die man zu Recht bekämpfe. Das wiederum ist auch nicht die ganze Wahrheit, denn diese Gruppe extremer Nationalisten ist in der Ukraine klein und hat keinen großen Einfluss, wengleich sie an der Regierung beteiligt ist, aus was für Gründen immer. Gysi fordert nun von der deutschen Regierung, sie solle von der ukrainischen verlangen, dass diese Partei aus der Regierung ausgeschlossen wird.

Aus deutscher Sicht mag das richtig sein, was Gysi sagt. Und natürlich kann man aus unserer Sicht auf gar keinen Fall tolerieren, dass eine europäische Partei ein Institut unterhält, dem sie den Namen Hermann Göring gibt. Aber, muss man vielleicht Gregor Gysi fragen, wo sind die Ursachen, dass sich so ein extrem nationalistisches Denken in der Ukraine verbreitet. Wie würden sie denken, wenn sie und ihre Vorfahren 70 Jahre lang unterdrückt, drangsaliert und gemordet wurden? Wie würden sie heute denken? 70 Jahre sowjetkommunistischer Terror und Mord an den Angehörigen hat eben in der Ukraine, aber nicht nur dort, so tiefe Spuren hinterlassen, dass er solches Denken heute noch bewirkt. Und das konnte auch nicht durch die Besetzung durch die deutsche Wehrmacht von 1941-1944 getilgt werden. Wobei belegt ist, dass die Deutschen in den ersten Kriegsjahren als Befreier in der Ukraine gefeiert wurden. Denn bereits 1917 begannen die Sowjets mit der Roten Armee und der Tscheka die Bauern in der Ukraine zu terrorisieren und zu morden, indem sie die Abgabe sämtlicher Getreidevorräte von ihnen verlangten und jeden, der sich weigerte sofort am Scheunentor erschossen. Für die Zwangsarbeit in den Waldgebieten des Nordens und Ostens wurden ganze Familien deportiert. Sie wurden aus ihren Dorfkaten und Wohnhäusern gewaltsam herausgeholt, auf bereitgestellte Lastwagen geladen, zur Bahnstation gebracht und oft nur notdürftig bekleidet in die eiskalten schneereichen Lager transportiert. Hunderttausende kamen dadurch zu Tode. Auch die Hungerkatastrophe in der Ukraine 1929-31, die man dort Holodomor nennt, ist auf die sowjetkommunistische rücksichtslose Getreidebeschaffungsaktion zurückzuführen und forderte durch die folgende Hungersnot den Tod von Millionen ukrainischen Männern, Frau-

en und Kindern. Einige deutsche Fachexperten, die 1930 Sowjetrußland bereisten, unter ihnen z. B. Dr. Gehrhardt von der Königlich Preußischen Forstakademie Hannoversch-Münden, lernten durch Zufall diese Gräueltaten kennen. Tausende von Kosakenfamilien flohen vor den Bolschewiken nach Frankreich. Tausende Kosaken stürzten sich mit ihren Kindern 1945 in den Tod in das eiskalte Wasser der Drau in Judenburg, weil sie nicht in sowjetrußische Gefangenschaft gehen wollten. Diese Tragödien sind in der Ukraine nicht vergessen und sie beeinflussen eben das Denken. Allein nur auf unsere ethischen Normen, auf unsere Rechtsauffassung, oder auf die von der Europäischen Union vertretenen Prinzipien zu pochen, das reicht hier sicher nicht.

Trotz dieser mörderischen Erfahrungen mit Sowjetrußland, die sich ja auch in der deutschen Geschichte der „Speziallager“ widerspiegelt oder in den Waldheimer Prozessen, oder in den Erlebnissen mit dem MfS in der DDR, gibt es nach wie vor widersprüchliche Auffassungen auch in Deutschland über diese Zeit und zu Rußland überhaupt. Wir als Opfer des Kommunismus dürfen z. B. nur private Opfer sein und keine Antikommunisten. Oft werden wir militante Antikommunisten genannt. Andere Deutsche dürfen sich offen und überall als Antifaschisten bezeichnen und die sogenannte Antifa, die Teil der linken Partei Gysis ist, hat man sehr lange weitgehend toleriert, wenn sie Terroranschläge auf missliebige Personen in Deutschland oder auf spezielle Objekte verübte. Das an dieser Stelle angedeutete Andersdenken kommt z. B. auch in ganz unterschiedlichen Begriffen zum Ausdruck: Wir Ostdeutschen wissen aus den Erfahrungen und Erlebnissen mit unseren Eltern und Urgroßeltern, dass die sowjetrußischen Speziallager in der

SPZ und DDR von 1945 bis 1950 nichts anderes waren als menschenunwürdige KZ. Westdeutsche Historiker bezeichnen diese beschönigend als Internierungslager. Wir ehemaligen DDR-Bürger haben z.B. 40 Jahre lang den Begriff „Aktivist“ als vorbildlicher Arbeiter verinnerlicht. Heute versuchen Journalisten mit der aus dem Westen kommenden verdrehten Begriffsschablone uns tagtäglich vorzugaukeln, linke oder grüne Terroristen seien „Aktivisten“.

Ist die linke Terroristin Lena, die mit ihrer Bande den ausspionierten und überfallenen Personen mit Hämmern die Kniegelenke zertrümmern lies, etwa eine vorbildliche Arbeiterin? Sind jene linken Terroristen, die etwa bei der Totenehrung für die Opfer der angloamerikanisch Bombenangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945 auf dem Kranz von Ministerpräsident Michael Kretzschmer und anderen Kränzen herumtrampelten und sie zerstörten, sind das „Aktivisten“ d. h. vorbildliche Arbeiter? Oder sind grüne Terroristen, die beispielsweise gewaltsam in das Betriebsgelände von Kohlekraftwerken eindringen und Anlagen und Maschinen zerstören „Aktivisten“? Es scheint, dass hier seit Jahrzehnten der Versuch unternommen wird, den einst von Lenin propagierten und staatlich inszenierten innenpolitischen Terror bei uns in Deutschland durch die Hintertür salonfähig zu machen.

Nicht abwegig finde ich aber auch, wenn viele Ostdeutsche sich eine realistische Politik mit Russland wünschen. Das meint sicher nicht, dass man aus deutscher Sicht unklug strategisch operieren soll und dem Gegenüber nur das Gute zubilligt. Die deutschen Bundeskanzler der vergangenen Jahrzehnte nach Helmut Kohl haben sicher in der Russlandpolitik zahlreiche strategische und taktische Fehler gemacht. Der jeweils sächsische Ministerpräsident konnte und kann das in seinem eingeschränkten Wirkungsrahmen dagegen nicht. Dass Michael Kretzschmer aufgrund seiner eigenständigen Auffassung zur Lösung des Ukraine Konflikts angefeindet wird, finde ich unanständig. Und wenn sich manche gar in ihrer Aufregung soweit steigern und ihn öffentlich als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnen, dann ist das der Gipfel von Unsinn, der dahergeredet wird. Im Zusammenhang mit dem Thema dieses Aufsatzes unterstelle ich Michael Kretzschmer, dass sich seine Auffassungen und Entscheidungen auch auf eigene Erfahrungen gründen. Und diese sind

eben ostdeutsche und andere als bei Politikern aus westlichen Bundesländern. Weder er noch Sachsen haben einen indirekten oder direkten Einfluss auf die Lösung des weltpolitischen Konfliktes in der Ukraine. Sachsens Ministerpräsident ist nicht der Bundeskanzler und nicht Kriegspartei. Er vertritt eine dritte Partei, eine unter vielen, in diesem Geschehen. Ein Dritter hat andere Optionen und mehr Optionen als eine Kriegspartei. Gewöhnlich bringt das deutsche Sprichwort „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“ die Zusammenhänge auf den Punkt. Weil es aber hier viele beteiligte Dritte gibt, große und kleine, ist die Bewertung schwierig und man kann nicht nur und nicht immer von „freuen“ sprechen. Der größte unter den vielen ist sicher China, aber auch die USA mit ganz unterschiedlichen Interessen. Freuen dürften sich speziell viele Rüstungskonzerne über die erheblichen Gewinne. Deutschland und vor allem auch Sachsen mit Ministerpräsident Kretzschmer können sich absolut nicht über den Konflikt freuen, sondern müssen sich im Gegenteil große Sorgen um existentielle Nöte machen. Wobei die Sorge um das Gemeinwohl des eigenen Volkes für einen Ministerpräsidenten Priorität hat. Daher wäre es besser, alle Aufgereagten unterzögen ihre Einwände einer nüchternen Betrachtung der Zusammenhänge. Hilfreich wäre dabei, sich mit der stoischen Philosophie zu beschäftigen, die rät, das eigene Gemüt zu ändern. Denn nur die von Leidenschaften freie Vernunft ist eine feste Burg. Und dann rät etwa Epiktet zu prüfen: „...und zwar zuerst, ob es etwas ist, was in unserer Gewalt ist, oder etwas, das nicht in unserer Gewalt ist.“ Um keine Fehlurteile zu fällen sind Politiker aufgefordert, sich möglichst umfassende Kenntnisse über die Welt in geographischer, geschichtlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht anzueignen. Es genügt eben nicht, z.B. nur Jurist zu sein.

In Bezug auf die Ukraine muss zu fragen erlaubt sein: Ist es wirklich realistisch, einen Krieg gegen Russland gewinnen zu können – und wie lange soll das dauern? Und was bewirken letztlich die wirtschaftlichen Sanktionen? Russland ist nicht auf deutsche Waren angewiesen. Es kann diese genau so gut in China kaufen oder wie zu beobachten ist, auch in der Türkei. Deutschland hingegen schadet sich fundamental. Oder, kann es ohne Russland Frieden in Europa geben? Und auch die Interessenlage ist im Zusammenhang mit der Ukraine zu be-

trachten. Amerikanische Interessen z.B. sind nicht immer deutsche Interessen und schon gar nicht immer sächsische.

Meiner Meinung nach gibt es nie einfache Lösungen. Man muss vieles in Überlegungen einbeziehen: die Tatsache, dass Putin ein gelernter KGB-Mann ist, dass in Russland selbst ein starkes Nationalbewusstsein verbreitet ist, oder dass z.B. große Bevölkerungsgruppen von Russen sich nach 1990 plötzlich im Ausland, in anderen Ländern wiederbegegneten. Ein Problem, das nie in demokratischer Weise gelöst wurde. Und was ist richtig bei der Unterstützung der Ukraine? Was hat das für Konsequenzen, wenn Deutschland der Ukraine noch mehr Waffen oder sogar Kampfpanzer zur Verfügung stellt? Oder hatte nicht Hans-Dietrich Genscher ausdrücklich gesagt, dass sich die NATO auf keinen Fall weiter nach Osten ausdehnen darf? Das war ein Versprechen, an das auch Michael Gorbatschow fest geglaubt hat. Sehr bedenklich scheint mir, dass jetzt in der deutschen Presse bereits über Atomschutz-Bunker und Schutzräume für die Bevölkerung spekuliert wird. Und um auf die anfangs genannten extremen nationalistischen Fakten in der Ukraine von Herrn Gysi zurückzukommen. Ja diese haben Ursachen, die bis 1917 zurückreichen, wie ich versucht habe, zu erläutern. Aber abgesehen davon, sind national denken und nationale Interessen, oder sächsische, etwas Falsches, wie immer behauptet wurde? Sind Lösungen von Altgrünen wie „Deutschland verrecke“ noch opportun? Auch in der Politik muss mancher umlernen, wie es selbst ein erfahrener SPD-Politiker wie Klaus von Dohnanyi jetzt in seinem neuen Buch „Nationale Interessen sind kein Nationalismus“ tut.

Kluge Politik ist immer nur diejenige, die gute Kompromisse findet, die für alle Seiten tragbar sind und die Geschichtskennntnisse berücksichtigt und möglichst weit vorausschauend das Ende bedenkt. Kluge Politik muss nach Immanuel Kant immer auch praktisches Handeln sein, das einzig und allein dem höchsten moralischen Zweck, der Pflichterfüllung (ich verstehe darunter: dem eigenen Volk bzw. dem Gemeinwohl) dient. Oder was gab uns noch Kaiser Mark Aurel mit auf den Weg: „So bedenke denn nun auch, dass sich jede Pflicht aus einzelnen Gemessenheiten zusammensetzt.“

Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trauert um Hanno Schmidt

Hanno Schmidt, der Begründer des ökumenischen Arbeitskreises „Gerechtigkeit – Umwelt – Frieden“, verstarb am 03. Februar 2023, kurz vor seinem 86. Geburtstag, in Dresden.

Hanno Schmidt war Pfarrer. Er studierte ab 1955 Theologie in Leipzig. Zwei Jahre später wurde er wegen der Weitergabe verbotener Literatur festgenommen und musste eine einjährige Haftstrafe verbüßen. Nach seiner Entlassung beendete er sein Studium und arbeitete seit 1963 als Pfarrer. Von 1973 bis 1987 ging er nach Karl-Marx-Stadt und arbeitete im neu erbauten Fritz-Hecker-Gebiet als Pfarrer, wo er die Bonhoeffer-Gemeinde mitgründete und in der kirchlichen Friedensbewegung aktiv war.


Später ging er nach Coswig, wo er 1988 den ökumenischen Arbeitskreis „Gerechtigkeit – Umwelt – Frieden“ gründete. Die Friedliche Revolution in Coswig prägte er entscheidend mit. Sich einzumischen, war sein Credo. So schuf er mit anderen Mit-

streitern den „Runden Tisch Coswig“, der sich am 04. Januar 1990 konstituierte. Hier setzte er sich aktiv für den demokratischen Neuaufbau ein.

Hanno Schmidt war unserer Behörde sehr verbunden und wir ihm. Als Zeitzeuge berichtete er über seine Erfahrungen in der DDR und sein Wirken im Herbst 1989. Er war uns Interviewpartner, wirkte in Ausstellungen mit, ging in Schulen, um mit jungen Leuten zu sprechen, und nahm bis zuletzt an zahlreichen Veranstaltungen teil. Er kommentierte Pressemitteilungen, rief an, wenn er uns auf Defizite in der Aufarbeitung aufmerksam machen wollte oder sich einfach erkundigte, wie es uns gehe.

„Hanno war ein sympathischer Mensch, ein wacher Geist. Jemand, der anpackte,

der ganz praktisch die Welt zum Besseren verändern wollte. Er war bis ins hohe Alter neugierig, wollte auch von jungen Menschen lernen und sie nicht nur belehren. Er erzählte mir begeistert von der Gemeinschaft in seinem Wohnhaus in Striesen. Zusammenhalt war ihm wichtig. Ich werde Hanno Schmidt, der bis zuletzt mit wehendem weißen Haar und im Strickpullover auf dem Fahrrad zu unseren Veranstaltungen kam, sehr vermissen“, resümiert die Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris.

Die Trauerfeier für Hanno Schmidt fand am 11. Februar 2023 um 11 Uhr in der Versöhnungskirche Dresden-Striesen statt. Die Angehörigen baten darum, auf Blumen zu verzichten und stattdessen Spenden an die Palliativstation des St. Joseph-Stiftes Dresden zu richten. 

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum – Kurzinformation Nr. 351

Die von der neuen Opferbeauftragten des Deutschen Bundestages in Mitteilungen und Berichte deutlich gemachten Defizite in der Aufarbeitung und Wiedergutmachung des SBZ/DDR-Unrechts sind von uns aufgenommen, gewürdigt und ergänzt bzw. vertieft vorgetragen worden. Da bei geht es auch um Vorschläge und Hinweise, die an die zuständigen Ministerien weitergegeben und in die beginnende neue Diskussion eingebracht werden. Notwendige eigene Vorschläge wurden direkt unterbreitet, die erforderliche Nacharbeit, bei den Ministerien und Ausschüssen läuft ganz gut.

In voraussichtlich sechs Gymnasien in den jungen Ländern beginnt das von der Bundesstiftung geförderte 2. ARE- Schulprojekt, bei dem es mit Teilnahme auch von Zeitzeugen um die Thematik der sogenannten Boden- und Industriereform der SBZ und die DDR-Zwangskollektivierung geht. Eine wichtige Rolle spielen dabei der von ARE/FRE verfasste 90-Minuten-Film „Phantomschmerz Heimat“ sowie mehrere Kurzfassungen von je ca. 20 Minuten für die Vorführung im Rahmen der Schul- und Bildungsveranstaltungen. Das Projekt

ist auch der Auftakt der künftigen engen Kooperation zwischen unserer Organisation und der großen Bundesstiftung, die auch Darstellungsmaterial beisteuert und vor allem Kosten zu tragen hilft.

In Pläntz wird, parallel zum weitergeführten Restaurierungsvorhaben, an der Zusammenstellung der im Laufe des Jahres in die Bundesstiftung zu übertragenden Dokumenten für Forschung und Investigation gearbeitet. Es handelt sich um eine Art Vor-Archivierung und Strukturierung. Neu und interessant werden wird dabei auch die Einbeziehung der Vereinigungskriminalität, z. B. im Immobiliensektor, also die Korruption und deren Aufdeckung.


Am Beispiel Land Brandenburg wird jetzt verstärkt die Thematik der sogenannten „Schwarzen Enteignungen“ der Neusiedler nach vorn gebracht. Trotz der Festlegung des Landtags vom 27. Januar 2021 ist die rechtliche Aufarbeitung und Wiedergutmachung bis jetzt nicht zufriedenstellend abgeschlossen worden. Die Öffentlichkeit wird deutlich erinnert werden, demonstrative Aktionen der Land-

leute nach dem Vorbild von vor 2020 sind in Vorbereitung.

Nach wie vor laufen etliche Verfahren zum sog. EALG bei der Berliner BVVG, bzw. bei den noch verbliebenen vier Niederlassungen oder auch beim Bundesministerium der Finanzen; mit einigen einflussreichen Abgeordneten gibt es Informationsaustausch, z. Z. ein besonders schwieriges Geschäft. Trotzdem hilft Hartnäckigkeit ein bisschen weiter, die bekannte ARE-Tugend und Stärke. Dazu später mehr, oder Näheres auf Anfrage. Jedenfalls bleiben wir kraftvoll im Einsatz für uns alle. Wir wünschen einen Frühlingsbeginn mit Zuversicht und grüßen Sie /Euch recht herzlich.

Das ARE/FRE-Team
mit Manfred Graf von Schwerin

ARE-Zentrum
Westendstr. 14a
34305 Niedenstein

Tel.: 05624-926258
Fax: 05624-926268
E-Mail: info@are-org.de
Homepage: www.are-org.de 

Unermüdlicher Einsatz für Erinnerung und Versöhnung

Die Stiftung Berliner Mauer erinnert an Pfarrer Manfred Fischer († 06. Dezember 2013), dessen Geburtstag sich am 07. Februar 2023 zum 75. Mal jähren würde. Manfred Fischer war von 1977 bis 2013 Pfarrer der evangelischen Versöhnungsgemeinde, deren Kirche im ehemaligen Todesstreifen zwischen Vorder- und Hinterlandmauer auf dem heutigen Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer lag. Die Kirche wurde 1985 gesprengt. Nach dem Fall der Berliner Mauer gehörte Manfred Fischer zu den engagiertesten Verfechtern einer Gedenkstätte in der Bernauer Straße.

Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, würdigt das prägende Engagement des Theologen für Versöhnung, Erinnerung und Gedenken: „Manfred Fischer war unermüdlicher Ideengeber und Motor sowie die kreative Konstante bei der Entstehung und politischen Durchsetzung der Gedenkstätte Berliner Mauer. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, dass unsere Stadt und unser Land zu einem angemessenen Umgang mit der Berliner Mauer und dem Erhalt als Denkmal gefunden haben. Wir erinnern überaus dankbar an ihn und vergessen seinen unermüdlichen Einsatz nicht.“

Nicht nur für die Evangelische Versöhnungsgemeinde, sondern auch für die

Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße ist Pfarrer Fischers Wirken von zentraler Bedeutung: Er war es, der sich bereits seit 1990 für den Erhalt der Mauerreste an der Bernauer Straße einsetzte. Zunächst als stellvertretender und später als Vorsitzender des Vereins Berliner Mauer entwickelte er das Zusammenspiel von Gedenkstätte, Dokumentationszentrum und Kapelle der Versöhnung am historischen Ort, das mit dem im Juni 2006 vom Senat verabschiedeten Erinnerungskonzept enorm erweitert wurde. Für sein Engagement wurde er 2007 mit dem Verdienstorden des Landes Berlin und 2013 mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Anlässlich seines 65. Geburtstages 2013 ehrten u. a. der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, im Kolloquium „Erinnerungsarbeiten“ in der Gedenkstätte Berliner Mauer Manfred Fischers fortdauerndes Engagement. Seine Wegbegleiter betonten seinen unermüdlichen bürgerschaftlichen Einsatz für die Demokratie, seinen fröhlichen Charme, seinen sprühenden Intellekt und seine ebenso herzliche wie oft streitbare Hartnäckigkeit. Fischer setzte mit seinen international beachteten Ansätzen zur Erinnerung und Versöhnung Maßstäbe.



Foto: Jürgen Hohmuth

Manfred Fischer, 2012 © Stiftung Berliner Mauer,

1948 in Frankfurt am Main geboren, kam Manfred Fischer nach dem Studium in Frankfurt und an der Kirchlichen Hochschule Berlin im Dezember 1975 zur Evangelischen Versöhnungsgemeinde. Im April 2013 wurde Manfred Fischer nach 36 Jahren von seinem Amt als Gemeindepfarrer der Evangelischen Versöhnungsgemeinde an der Bernauer Straße entpflichtet. In der im Jahr 2000 eingeweihten Kapelle der Versöhnung, die auf den Fundamenten der gesprengten Kirche errichtet wurde, finden bis heute regelmäßig die von Manfred Fischer 2006 initiierten Andachten im Gedenken an die Todesopfer an der Berliner Mauer statt. Manfred Fischer verstarb am 06. Dezember 2013 in Berlin. 


„Wie menschenverachtend das war.“

Der neunte Band der Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ der VOS Sachsen ist erschienen. Der Landesverband Sachsen der Vereinigung

der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) hat einen weiteren Band seiner Schriftenreihe herausgegeben. Das Buch wird am 29. April 2023 beim Bürgerkomitee Leipzig mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentiert.

Seit 2014 dokumentieren wir die Haftschicksale von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der VOS. Mehr als 40 Biografien können in unserer Schriftenreihe und auf unserer Website (www.vos-sachsen-zeitzeugenerinnerungen.de) nachgelesen werden.

Unter dem Titel „Wie menschenverachtend das war.“ liegt der neunte Band der Biografiensammlung vor. Auf insgesamt 148 Seiten, die mit zahlreichen Abbildungen ergänzt sind, lassen sich vier unterschiedliche Lebensgeschichten nachvollziehen. Wir porträtierten Zeit-

zeuginnen und Zeitzeugen, die politische Gefangenschaft unter dem kommunistischen Regime im Zeitraum 1945 bis 1989 erleiden mussten. Mit Manfred Zehl und Rudolf Schwarze zeichnen wir erstmalig die Biografien von zwei verstorbenen Kameraden nach. Ihre Lebensläufe wurden durch die Unterstützung der Angehörigen – Manfred Zehls Sohn Harald und Rudolf Schwarzes Enkeltochter Dr. Steffi Lehmann – rekonstruiert. So gelang es, die Erfahrungen und Erlebnisse der beiden Zeitzeugen auch im familiären Zusammenhang zu betrachten. Die Porträts von Elke Schlegel und Reiner Misericocchi erzählen von der systemsprengenden Kraft der Ausreisebewegung aus der DDR und von dem hohen Preis, den Antragsteller für ihre politische und persönliche Freiheit zahlen mussten. Der Bundesvorsitzende der VOS, Hugo Diederich, hat ein Vorwort zum aktuellen Band beigetragen. 



Ariane Zabel

»Wie menschenverachtend
das war.«

Erinnerungen an politische Gefangenschaft

Herausgegeben von der
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Landesgruppe Sachsen

Am 29. April 2023 um 13 Uhr werden wir im Rahmen des Buchmesse-Programms „Leipzig liest“ beim Bürgerkomitee Leipzig (Kinosaal der Runden Ecke, Dittrichring 24, 04109 Leipzig) unseren neuen Band mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentieren. Eine Tradition, die schon seit Jahren besteht, und ein Anlass, zu dem wir alle Interessierten herzlich einladen möchten! Die Autorin Ariane Zabel wird das Zeitzeugenprojekt vorstellen und mit Elke Schlegel und Dr. Steffi Lehmann ins Gespräch kommen. Die Gäste werden aus ihrer Biografie berichten und Fragen des Publikums beantworten.

Wir halten daran fest, die einzigartigen Zeitzeugenberichte für zukünftige Generationen zu dokumentieren. In diesem Jahr wird die Jubiläumsausgabe – der zehnte Band der Schriftenreihe – umgesetzt.

Mit unserem Projekt leisten wir nicht nur stetige Erinnerungsarbeit und tragen zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft bei. Wir beabsichtigen vor allem die moralische Rehabilitierung der Betroffenen.

Bei Interesse an unseren Publikationen wenden Sie sich bitte an den Landesvor-

sitzenden Frank Nemetz (frank.nemetz@gmx.de bzw. 0175-1676838) oder an die Autorin Ariane Zabel (kontakt@arianezabel.de bzw. 0177-7559577). Wir laden Sie auch herzlich ein, unsere Projekt-Website www.vos-sachsen-zeitzeugenerinnerungen.de zu besuchen, auf der die Biografien aller bisher erschienenen Bände versammelt sind.

Ariane Zabel
VOS – Vereinigung der Opfer des
Stalinismus Landesverband Sachsen e.V.
Gemeinschaft ehemaliger
Politischer Häftlinge

Krippenkinder in der DDR

Eine wenig beachtete Opfergruppe?

Kaum ein Thema ist in Deutschland so heiß umstritten und so stark von der Vergangenheit geprägt, wie die Frage der frühkindlichen Erziehung und im Besonderen der außerfamiliären Betreuung. So wirken bis heute die Bilder der deutschen Mutter, wie sie der Nationalsozialismus propagierte und die Ideale der Kleinfamilie der 50er Jahre, mit ihrer stereotypen und antifeministischen Arbeitsteilung innerhalb der Familie, auf das, was wir heute unter gelungener Kindheit und Kinderbetreuung verstehen. Der Erziehungswissenschaftler Florian von Rosenberg widmet sich nun einem weiteren Kapitel der Pädagogik in der deutschen Nachkriegs- und Dik-

Mithilfe einer Fülle von Quellen, aus dem bisher kaum beachteten Aktenmaterial des zuständigen Ministeriums für Gesundheitswesen, macht von Rosenberg sichtbar, zu welchem Preis Kinder in den Vorzeigeeinrichtungen der DDR untergebracht wurden: Entwicklungsstörungen, psychologische und physiologische Auffälligkeiten, Vernachlässigung und Bindungsunsicherheiten – all dies nur eine Auswahl an Problemen, die aus ebenjenem System der staatlichen Aufbewahrung von Kindern resultierten. Dies galt im Besonderen für die Wochenkrippen und Säuglingsdauereinrichtungen – Institutionen in denen Kinder, noch vor Vollendung des ersten Lebensjahres, durchgehend, auch nachts, über die gesamte Woche oder gar ganze Monate hinweg untergebracht werden konnten. Zu dem Befund, dass Eltern von ebenjenen Säuglingen und Kleinstkindern teilweise nur noch als Fremde wahrgenommen wurden, gesellten sich Personal- und Ausstattungsmangel. So waren die Kinder nicht nur traumatischen Trennungserfahrungen ausgesetzt, sondern wurden unter teils schlimmsten Bedingungen von unterbesetztem und überfordertem Personal in hygienisch unhaltbaren Zuständen mithilfe ethisch höchst fragwürdiger Erziehungsmethoden erzogen.

Besonders verstörend wirkt dabei der Befund Rosenbergs, dass Politik, Wissenschaft und Medizin bestens über alles im Bilde waren: So wurden beispielsweise auf einer Fachkonferenz von 1957 bereits die empirisch gesicherten Erkenntnis-

se zu den dramatischen Auswirkungen der prolongierten und wiederkehrenden Trennungserfahrungen durch Unterbringung in Wochenkrippen und Säuglingsdauereinrichtungen diskutiert und eine klare Empfehlung ausgesprochen: Nein zur dauerhaften Trennung des Säuglings von seinen primären Bindungspersonen. Dennoch wurde der Ausbau von Krippen, Wochenkrippen und Säuglingsdauereinrichtungen weiter forciert.

Auch nach erfolgreicher Implementation der flächendeckenden (Wochen-)Krippenunterbringung – nicht zuletzt ein Resultat erfolgreicher Propaganda – war dem Ministerium für Gesundheitswesen die Situation der Kinder hinreichend bekannt: So wurden Kohorten der (Wochen-)Krippenkinder durch verschiedene Forschungsgruppen sowohl medizinisch als auch entwicklungspsychologisch untersucht und nicht zuletzt ergaben regelmäßig durchgeführte Kontrollen durch das Ministerium unmittelbar Einblick in Zustände, die nicht nur aus hygienischen, sondern auch aus pädagogisch-psychologischen Gesichtspunkten zumeist als untragbar beschrieben wurden.

So verdeutlicht von Rosenberg, dass nicht nur zu Beginn des Krippenausbau, sondern bis in die 1980er Jahre hinein, immer wieder Begutachtungen des Krippensystems durch Expertinnen und Experten eingefordert wurden, die durchweg zu negativen Beurteilungen kamen. Dennoch folgte auf jede Kritik eine fast rituell anmutende Kaskade aus Beschuldigungen, Drohungen und Degradierungen durch

.....
Florian von Rosenberg: Die Vergessene Kindheit. Das Krippensystem in der DDR und seine Folgen. C.H.Beck Paperback 2022, 288 Seiten mit 26 Abbildungen und 9 Tabellen, ISBN 978-3-406-79199-4
.....

taturgeschichte: Dem Krippensystem der DDR. Sein 2022 im C.H. Beck-Verlag erschienenen knapp 300 Seiten umfassendes Buch „Die beschädigte Kindheit. Das Krippensystem der DDR und seine Folgen“, zeichnet ein düsteres Bild: Vordergründig als modernes, der egalitären Arbeitsteilung dienliches Modell der staatlich subventionierten Kindererziehung daherkommend, tun sich hinter der schönen (und praktischen) Fassade der Kinderkrippen der DDR die Abgründe der Kindeswohlgefährdung eines Systems auf, das die Arbeitskraft (der Mütter) über sämtliche Erkenntnisse der Kindesentwicklungspsychologie stellte.

das Ministerium für Gesundheitswesen. Studien- und Beobachtungsergebnisse wurden systematisch uminterpretiert und zur propagandistischen Fehlinformierung der Bevölkerung missbraucht.

Anhand der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des staatlichen Betreuungssystems macht von Rosenberg somit evident, inwiefern es sich bei dem Wochenkrippensystem eben nicht um einen Befreiungsschlag für die Frauen (und Männer) im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehandelt hat. Stattdessen wurde ein Unterdrückungssystem geschaffen, mit dessen Hilfe nun auch die Frauen in das Leitbild der sozialistischen Arbeitskraft gepresst und systematisch ausgebeutet werden konnten. So war das Krippensystem mitnichten darauf ausgerichtet, Frauen eine berufliche und persönliche Entwicklung zu ermöglichen – wie es die Propaganda des Ministeriums nahelegte – sondern schlicht so viel Arbeitskraft wie nur möglich aus dem sozialistischen Volkskörper zu pressen. Und all dies auf Kosten der psychischen und physischen Gesundheit der Neugeborenen und Kleinstkinder.

Von Rosenberg stellt in seinen Ausführungen plastisch dar, inwiefern eine ideologisch überformte Schablone gelungener staatlicher Kindererziehung, gegen das Wohl des Kindes und der familiären Bindungen gerichtet wurde. Das Buch wird somit zu einem wichtigen Appell für die Anerkennung der Leiden der betroffenen Kinder, aber auch der Eltern, deren Beziehung zu ihrem Kind systematisch zerstört wurde. Rosenberg leistet so einen wichtigen Beitrag für die Erinnerung und Sichtbarwerdung dieses Kapitels deutscher Pädagogik. Dabei liegt der Fokus des Buches klar auf einer Abbildung der Betreuungssituation in der DDR. Entsprechend bleibt die Frage danach, was heute eine gelungene außerfamiliäre Betreuungsform, insbesondere in Bezug auf eine moderne feministische – sprich: egalitäre – Struktur von Familien- und Berufsgestaltung, sein könnte, unbeantwortet. Vielmehr lässt Rosenberg die Quellen selbst sprechen, ohne direkt in den Duktus von Empfehlungen und die Konstruktion von Gegenentwürfen abzugleiten. Mit diesem Vorgehen ermöglicht er der Leserschaft die Fäden aufzugreifen, weiterzudenken und mit eigenen Fragen und Überlegungen

anzuknüpfen. Das Buch kann so auch als ein Ausgangspunkt für weitere Forschung zu den Auswirkungen des Krippensystems verstanden werden. So stellt sich bei der Lektüre insbesondere die Frage, ob die Folgen des Krippen- bzw. Erziehungssystems der DDR möglicherweise bis heute in den Betroffenen, auch über die Generationengrenzen hinweg, nachwirken könnten. So wäre, insbesondere aus einer bindungstheoretischen Perspektive, denkbar, dass sich die Trennungserfahrungen durch die Krippenunterbringung auf den Bindungsstil der Betroffenen auswirken und die Vermittlung von Bindungsmustern an die nachfolgende Generation mitbestimmen. Das Buch liefert dementsprechend erste Hinweise zur Wahrnehmung und Anerkennung möglicher Ursachen von gesundheitlichen Problemen, die in den Erfahrungen der frühesten Kindheit wurzeln und von Betroffenen oftmals nur schwer glaubhaft gemacht werden können – fußen ebenjene (seelischen) Wunden doch in einer Zeit der eigenen Biografie, die sich mehrheitlich der bewussten Erinnerung entziehen.

Magdalena Kuhn, UOKG

Studie „Zwangsadoption in der DDR/SBZ zwischen 1945 und 1989“

Unsere vom Bundesministerium des Innern und für Heimat geförderte Studie „Zwangsadoptionen in der DDR/SBZ in der Zeit von 1945 bis 1989“ ist auf der Suche nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die mit uns ihre Erfahrungen und Erlebnisse in Bezug auf das Thema teilen wollen. Wir wollen besser verstehen, wie die Abläufe und Strukturen im Kontext von Zwangsadoptionen gestaltet waren und die Perspektive von Kindern, Eltern und betroffenen Familien beleuchten. Dazu möchten wir persönliche Gespräche führen und sind deshalb auf der Suche nach Betroffenen, die Erfahrungen mit dem Thema Zwangsadoption in der DDR/SBZ gemacht haben. Dies können zum einen Kinder und Eltern sein, die von Zwangsadoption in der DDR/SBZ zwischen 1945 und 1989 betroffen sind, aber auch Adoptiveltern, andere Verwandte oder Personen, die Zeuge/Zeugin von Adoptionsverläufen geworden sind. Wenn Sie Interesse daran haben Ihre Erfahrungen mit uns zu teilen, melden Sie sich bitte über unser Zeitzeugenportal oder die dort angegebenen Kontaktdaten bei uns: [\[fragung.uniklinikum-leipzig.de/ZADDR/index.php/512616?lang=de\]\(https://fragung.uniklinikum-leipzig.de/ZADDR/index.php/512616?lang=de\)](https://medbe-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Außerdem möchten wir im Rahmen der Teilprojekte der Medical School Berlin und der Universität Leipzig persönliche Gespräche mit leiblichen Eltern und Kindern führen. Im Zeitzeugenportal können Sie angeben, dass Sie Interesse an einem persönlichen Gespräch mit uns haben, woraufhin wir mit Ihnen in Kontakt treten werden.

Das Projekt wird von Prof. Dr. Karsten Laudien und Prof. Dr. Anke Dreier-Horning des Deutschen Instituts für Heimerziehungsforschung geleitet und vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert. Die Teilnahme an der Online-Befragung dauert 5 bis 10 Minuten. Alle Angaben, die Sie machen sind freiwillig und werden vertraulich behandelt.

Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, Ihre Erfahrungen mit uns zu teilen. Jede Information und jede Geschichte helfen uns bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Thematik. Weitere Information

zum Projekt finden Sie unter: <https://dih-berlin.de/zwangsadoption-in-der-ddr/>

Emelie Compera
M. Sc. Psychologin
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Abteilung für Medizinische Psychologie
und Medizinische Soziologie
Universitätsmedizin Leipzig
Philipp-Rosenthal-Str. 55
04103 Leipzig
Telefon 0341 / 9715458

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Wir wünschten uns Flügel



.....
 Harald Stutte: *Wir wünschten uns Flügel. Eine turbulente Jugend in der DDR – und ein Fluchtversuch.* Verlag Rowohlt Taschenbuch 2023, 256 Seiten, ISBN 978-3499010712

Aus den drei Kilo Papier seiner Stasi-Akten verfasst der inzwischen erfolgreiche Autor des RedaktionsNetzwerks Deutschland ein einfühlsames autobiographisches Buch über seine Kindheit und Jugend in Leipzig.

Am seinem Geburtstag (07.10.1964) ist die DDR fünfzehn Jahre alt, sodass wenigstens an diesem Oktobertag ein paar Farbtupfer das ansonsten viele Grau des Staates verschönern.

Im Altern von zehn Jahren reizt es ihn, Musik der Westsender im Radio zu hören und die

ZDF-Hitparade anzuschauen. Dank einer „magischen, für uns weitgehend gesichtslosen Westtante“ kommt er an Jeans und andere Westklamotten. Zur Fußball WM

1974 schickt sie ihm außer Schokolade den gewünschten Lederball. Die Enttäuschung ist groß, als er feststellt, dass die Paketkontrolleure in den Ball hineingestochen und auch die begehrten Fußballbilder entwendet haben.

Ferienlager und auch das Rumtreiben auf dem Leipziger Messegelände, wo Westkontakte möglich sind, beeindruckten den Jungen. Ein Geschäftsmann, dem die Eltern ein Zimmer vermieten, wird zu einer Art Freund.

In der Schule soll er als Berufsoffizier angeworben werden, was er aber ablehnt. Die Laufbahn an der EOS wird ihm wegen Westradiohören verweigert. Immer wieder jagt er nach „verbotenen“ Büchern. Es folgen erste Kontakte zur Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche. Das Ganze gipfelt in einem Fluchtversuch über Bulgarien in den Westen, der allerdings scheitert. Mit einer russischen Tupolew, die in Wahrheit ein getarntes Stasiflugzeug ist, wird er nach Leipzig überführt, verhört, schikaniert schließlich wegen versuchter Republikflucht zu

22 Monaten Gefängnis und Zwangsbeschäftigung („unfreiwilliger IKEA-Mitarbeiter“) verurteilt.

1985 kommt er unter der Vermittlung des Rechtsanwalts Vogel mit einem Sammeltransport ins Notaufnahmelager Gießen. Trotzdem verachtet Stutte bis heute diesen „gewissenlosen Makler eines Menschenhandels“ mit seinem goldenen Mercedes 300E.

In diesem Buch benennt der Autor die großen und kleinen Gängelungen, die begrenzten Möglichkeiten der Informations-, Rede- und Reisefreiheit und die Perspektivlosigkeit vieler DDR-Jugendlichen. Mit „zwei Flügeln die Welt entdecken“ und sehen, „was hinter dieser hässlichen Mauer lag“, danach strebt er.

Das Taschenbuch verdient weite Verbreitung, vor allem bei Schülerinnen und Schülern sowohl im Osten als auch im Westen. Es gehört zur politischen und geschichtlichen Bildung der heranwachsenden Generation und besonders den nach der Einheit geborenen Jungeltern, die das Buch durchaus als Klassenlektüre lesen könnten.

Berthold Schäffner

Trotzig lächeln und das Weltall streicheln: Mein Leben in Geschichten

In fünf Kapiteln erzählt sich Lutz Rathenow zu seinem siebzigsten Geburtstag sein Leben – nicht in der Form von Memoiren, sondern er hat fertige (dabei auch unveröffentlichte und neugeschriebene) Texte aus seinem Archiv biografisch geordnet. Dieser Ordnung wegen ist es kein Zufall, dass es im ersten Kapitel um die Kindheit

geht. Eine DDR-Kindheit – das heißt, allen anderen Verboten voran steht das Verbot: kein Westfernsehen! In seiner Familie guckt man es aber trotzdem, deshalb gibt es nur den Ausweg: glaubhaft lügen lernen. Neben dem verbotenen Fernsehen das Westradio. Mit der West-Musik den Alltag aus dem Kopf spülen. Arbeit in einer Glasfabrik. Familienszenen. Westpakete und die Einsicht: es ist alles nur die Verpackung! Träume von Reisen, auch solchen ins Weltall. Über seinen Lieblingsschriftsteller schreibt Rathenow: „Mich hat Stanislaw Lem erzogen. Nichts ist sicher – nicht mal die Unendlichkeit. Alle Grenzen sind vor dem Aspekt ihrer Überwindung zu betrachten, die realen und die durch Verhaltensweisen aufgenötigten.“ (53)

Wie im ersten Kapitel wechseln auch in den folgenden Erinnerungstexte, Märchen (erfundene und neu erzählte der Gebrüder Grimm) sowie Satiren einander ab. Dazu ab und zu eine Grotteske wie jene über den geschlagenen General; natürlich musste ich beim Lesen an Russlands Feldzug in der Ukraine denken. Die Neugier, glau-

be ich, ist die auffallendste Eigenschaft des Schriftstellers Lutz Rathenow. Bei der Lektüre meines Lieblingstextes, „Die ersten Tage des Dezember“, wurde mir das bewusst. Ein Gefängnistagebuch. Allein wo jeder andere von uns angesichts der entsetzlichen Verringerung des eigenen Bewegungsspielraums verzweifelt wäre, platzt dieser Gefangene buchstäblich vor Neugier auf jedes Detail und wächst bei der Beobachtung seiner neuen Lebensumstände über sich selbst hinaus. Der Text gewinnt dadurch eine poetische Tiefe und schließt, anders kann es gar nicht sein, mit einem Gedicht.

Der wie Rathenow in Berlin lebende Schriftsteller Marko Martin hat für das Buch *Trotzig lächeln und das Weltall streicheln* ein sehr interessantes Nachwort geschrieben, dem es kaum etwas hinzuzufügen gibt. Ein wichtiger Punkt, der meines Erachtens in anderen Veröffentlichungen über die Zeit der deutsch-deutschen Teilung zu kurz kommt, ist die Haltung dogmatischer Westlinker gegenüber DDR-Dissidenten. Lutz Rathenow reiste nie in

Suchanzeige

Herr Hans Georg Ziegler; Jg. 1957, gibt einen Suchaufruf auf. Tel.: 0172 - 9872001. Gesucht wird vom damaligen Mitlehrling und Freund (Kirchnerei) H.-G. Ziegler ANDREAS LAPPE aus BEUCHA, Region Leipzig, Pfarrersfamilie; FLUCHTVERSUCH 1973, später FREIKAUF in den Westen, letzte bekannte Adresse 1988/89 in MÜNCHEN. Wer kennt Herrn Andreas Lappe oder kann etwas zu seinem aktuelle Aufenthaltsort sagen. Andreas Lappe, 1973 verhaftet; 1977 nach vierjähriger Haft mit 21 Jahren in die Bundesrepublik ausgewiesen. Zur Familie Lappe Stacheldraht 4/2014, S.8 mit dem Beitrag „Die Kirchturmuhre – Wie ein Pastor in der DDR seine Botschaft an höchster Stelle verkündigte“ von Christian Martin Lappe.

den Westen aus, deshalb blieb ihm das Schlimmste in dieser Hinsicht erspart. Diplomatisch formuliert Martin es so: "Schrieb man [...] erfolgreich aus dem Osten heraus, entpuppte sich der 'Möglichkeitsraum West' weitaus größer als er dort vor Ort gewesen wäre, wo – wie Rathenow ebenfalls en detail mitbekam – es als ideologisch nahezu unmöglich galt, in der Welt und gleichzeitig in der taz zu publizieren." (257) Da ich nach dem Verlassen der DDR meine eigenen Erfahrungen mit der Aggressivität und der Häme dogmatischer Westlinker machte ("Habt ihr in der DDR kein warmes Wasser?"), kann ich das nur bestätigen. Martin spricht in seinem Nachwort auch von Rathenows erstaunlicher

auffallen würden, registrieren. Am liebsten lauschen sie von einer Bank im Park oder an einer Haltestelle fremden Gesprächen. Beim Niederschreiben gehen dann das Beobachtete und Erlauschte und Erdachtes (oder Erträumtes) ineinander über. Eine vertrackte Freude scheint den Erzähler immer dann zu packen, wenn er Dinge beobachtet, die nicht mit den gleichen Maßen zu messen sind, wie etwa seine eigenen Eindrücke angesichts des Elbbarracks und die eines Syrers, dessen Handygespräch mit anderen Flüchtlingen, die im Ruhrgebiet leben, der heimlich Lauschende aufschnappt. In einer Zuggeschichte blickt ein Außerirdischer auf die an ihren kleinen Handys klebenden Reisenden und denkt, die besprechen die Dinge mit ihrer Hand... Rathenow gehe es beim Schreiben hauptsächlich darum, eingefahrene Wahrnehmungen aufzubrechen, urteilt Martin; er hat Recht!

Gegen Ende des Bandes (wir sind jetzt zeitlich in der Gegenwart des wiedervereinigten Deutschland angekommen) überzeugen mich die Satiren am meisten. Rathenows Phantasie über die Frankfurter Buchmesse zum Beispiel; diese beißende Prosa erinnert an Swift. Aber Rathenows Temperament ist zu sanguinisch, als dass es seinen Erzählern gelänge, diesen Ton lange durchzuhalten. Der Humor dominiert.

Thematisch stehen in allen Kapiteln die Absurdität der Macht und das Verhältnis von Politik und Kunst im Vordergrund. Intertextuelle Beziehungen geben vielen Texten die Würze, zum Beispiel wenn Rathenows Ich-Erzähler in einer Geschichte über die Nachwendzeit in die Rolle von Brechts Herr Keuner schlüpft. Eine ausführliche Editorische Notiz und ein akribisches Verzeichnis von Nachweisen und Anmerkungen ergänzen den hochwertig ausgestatteten, faszinierenden Band.

Gabriele Eckart

Gabriele Eckart, 1954 im Vogtland geboren, erst innerhalb der DDR-Poetenbewegung geförderte, dann von der Staatssicherheit repressiv verfolgte Autorin. Nach der Ausreise in die Bundesrepublik in die USA übergesiedelt und dort als Professorin im universitären Bereich tätig. 2021 erschien ihr Roman "Vogtlandstimmen" (Verlag Königshausen & Neumann), der dialektgefärbt Lebensgeschichte in der Gegenwart erzählt. Ein spannendes und vielschichtiges Buch, in dem immer wieder die Auseinandersetzung mit der weiterwirkenden DDR-Vergangenheit gesucht wird.

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Rudolf Hannebauer am 02. März, Manfred Smala am 05. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski am 18. März, Peter Stimming am 23. März, Dr. Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. >>>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin, Tel. (030) 55 15 28 58
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Telefonische Sprechzeiten

Elke Weise, Juristin
Di, 11–17 Uhr; Do, 11–17 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen.

Hinweis des BSV-Fördervereins

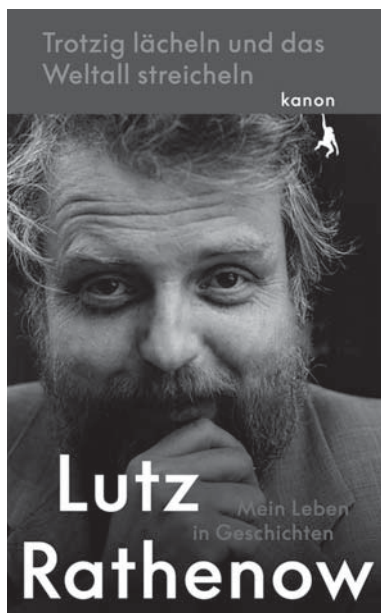
Wegen diverser Nachfragen ergeht folgender Hinweis: auch wenn der BSV-Förderverein demnächst schließen wird, erscheint der STACHELDRAHT uneingeschränkt weiter! Der BSV wird seine Mitherausgeberschaft an die UOKG abtreten, die dann der alleinige Herausgeber der Zeitschrift sein wird. Deshalb der dringende Aufruf: Daueraufträge und **Überweisungen ab dem 01. Mai. 2023** nur noch auf das Konto der UOKG:

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Bestehende Daueraufträge an das bisherige Konto des BSV bitte rechtzeitig bei der zuständigen Bank abändern lassen.

Elke Weise
Juristin, BSV-Förderverein für Beratungen



.....
Lutz Rathenow: *Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten*. Kanon-Verlag 2022, 272 Seiten, ISBN 978-3-9856805-0-4

.....
Fähigkeit seinen eigenen Referenzrahmen zu hinterfragen; ich musste sofort an die Reisegeschichte nach Südamerika denken: "Ein Haus in Montevideo". Angesichts der Schrecken der letzten Militärdiktaturen in Argentinien und Uruguay (politische Gegner wurden aus Flugzeugen ins Meer geworfen) findet der Autor die Aktenberge der DDR-Staatssicherheit, mit denen er sich als Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beruflich beschäftigt, banal. Später die Feststellung: "Die Nachwirkungen der Vergangenheit sind nicht kalkulierbar. Erkenntnisse kommen oft plötzlich und wie nebenbei." (194)

Keine Autofahrer, sondern Spaziergänger sind die zentralen Protagonisten in Rathenows Kurzprosa. Flaneure, die in den Stadtlandschaften Berlins und Dresdens Details, die den meisten von uns gar nicht

März, Manfred Isikli am 04. April, Manfred Schulze am 09. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Silvia Stimming am 23. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer am 27. April

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Stefan Gemeinhardt, Axel und Angelika Kurtz, Lutz König, Heiner Kausch, Sigrid Strelow, David Enkhart, Dietmar und Hannelore Betke-Erdmann, Ingeborg Kuhne, Wolfgang Rullik, Marianne Wachtmann, Reinhard und Gabriele Pappai, Hans und Margarete Rocke, Peter Hertz, Michael Dulig, Waldtraut-Monika Dehnert, Dr. Katrin Schmidt, Edith Seidler, Thomas Rademacher, Thomas Müller, Reinhold Benroth, Anneliese Könnecke, Peter Müller, Volker und Josef Fütterer, Helge Vier-eck, Dr. Ulrike Weiland-Heidecker, Konrad Ziller, Jürgen Ritthaler, Gunter und Gisela Holzer, Gerhard Schneider, Andreas Martin Herzog, Heike Fegeler, Pia Flack, Dr. Eberhard Kempf, Kurt Gerd Sommerlatte, Rainer Opitz, Holger Hofmann, Oskar und Henriette Schmidt, Michael Striss, Erik Hofmann, Horst Boettge, Simone Schreiber, Barbara Simon, Johanna Hanncke, Karl Wruck, Mike Egerer, Walter Erhard Rade-stock, Wolfgang Finger, Gerhard Glaubig, Angelika Maedicke, Peter Menzel, Carsten und Barbara Müller, Uwe Reinhardt

Das Zitat

„Mit fast tödlicher Sicherheit bewegen wir uns auf ein Zeitalter totalitärer Diktaturen zu, ein Zeitalter, in dem Gedankenfreiheit zunächst eine Todsünde und später ein leerer, abstrakter Begriff sein wird. Das selbständig denkende Individuum wird ausgelöscht werden.“

George Orwell: Im Innern des Wals: Erzählungen und Essays, Diogenes Verlag; 12. Edition 2003, 176 Seiten, ISBN-10:325720213X, ISBN-13:978-3257202137.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 2/23: 03. März 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 3/23: 14. April 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)